

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Wapenstr. 5/6, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.10, pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7108.

Volkswacht

Inserionsgebühren: Betrag für die fünfgehaltene Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Veretins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 61.

Breslau, Dienstag, den 12. März 1895.

VI. Jahrgang.

Ob sie sich nicht verrechnen?

B. G. Jetzt nachdem § 130 der Umsturzvorlage, dieser Gipfelpunkt der in den Kreisen der obersten Zehntausend herrschenden Reactionsucht, mit all seinem lieblichen Zubehör in der Sitzung vom 8. d. M. glücklich, ohne den kleinsten Ueberrest zurückzulassen, abgelehnt wurde, ist es wohl an der Zeit, der Partei, die diese Ablehnung veranlaßt hat, gerecht zu werden und ihre Stellungnahme gegenüber dem in der Vorbereitung begriffenen und bereits im wesentlichen verurteilten Sozialismus gegen den sogenannten Umsturz unparteiisch und leidenschaftlos zu würdigen.

Der § 130 der Umsturzvorlage wollte bekanntlich mit Gefängnis bis zu zwei Jahren denjenigen bestrafen, der in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Familie oder das Eigentum durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift.

Dieser Paragraph hat von vornherein das Unglück gehabt, den Ingrim der Vertreter der Wissenschaft hervorzurufen. Von hervorragenden Rechtsgelehrten wurde er für rechtlich ganz unhaltbar erklärt.

Angesehene Vertreter der Socialwissenschaften, der Naturwissenschaften und der Geschichtswissenschaft erklärten, die Wissenschaft sei selbst eine Gefahr, wenn dieser Paragraph angenommen würde. Denker und Dichter, Schriftsteller aller Art, die die bürgerliche Gesellschaft zu den Ihrigen zählt, erhoben sich zu energischen Protesten, und die einflussreichsten Presseorgane, unter ihnen das Weltblatt, die „Kölnische Zeitung“, leuchteten ihnen voran und schürten das Feuer der allgemeinen Entrüstung.

Der § 130 der Umsturzvorlage hatte die herrschende Gesellschaft an einer ihrer empfindlichsten Stellen mit spitzem Stachel berührt, und der Antrag Rintelen drohte diesen Stachel sofort tief in den socialen Körper hineinzutreiben.

Als wir das erste Mal diesen § 130 lasen, rieben wir uns veranügt die Hände, und wir haben dem diabolischen Behagen, das uns damals beschlich, an dieser Stelle allgemein verständlichen Ausdruck gegeben. Und als der Antrag Rintelen das Licht der Welt erblickt hatte, da war sofort klar, daß dieser Zusatzantrag dem Fasse der Umsturzvorlage den Boden ausschlagen müßte.

Sogar Leuchten der conservativen Partei fühlten sich durch den Stachel dieses § 130 der Vorlage unan-

genehm berührt, trotz aller geistigen Dickfelligkeit, die der Partei, der nur ironisch so zu nennenden „Edelsten und Besten“ eigen ist. Der Abgeordnete von Noon wollte ihn daher durch folgende Fassung des Absatz 1 „verbessern“:

Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher das Christenthum, die Heiligkeit des Eides, die Monarchie, die Ehe, die Familie und die Unverletzlichkeit des Privateigentums durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift, welche geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu gefährden.

Herr v. Noon und seine conservativen Genossen wollten das Christenthum gegen Angriffe geschützt wissen, aber wenigstens sich und den Antisemiten ihr Edelmannsrecht des Schimpfens auf die Juden und die jüdische Religion wahrren.

Das Streben des schwarzen Mannes Rintelen aber war nach Höherem gerichtet. Er wollte Jeden mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestrafen lassen, der den Glauben an Gott oder die Unsterblichkeit der menschlichen Seele, oder den religiösen oder sittlichen Charakter der Ehe oder der Familie angreifen oder leugnen sollte.

In einem der hervorragendsten unserer socialdemokratischen Parteiorgane waren unmittelbar, nachdem dieser Antrag Rintelen bekannt geworden war, folgende Worte zu lesen:

„Die Herren Rintelen und Genossen, die Vertreter der Partei für Wahrheit, Freiheit, Recht wagen es, die denkbar infamste gesetzliche Geinunungsquisition zu fordern, um religiösen Dogmen Rechnung zu tragen. Es küm mert sie nicht, daß in den Staatsverfassungen Glaubens- und Gewissensfreiheit und rücksichtlich derselben auch die Freiheit des Meinungsausdrucks gewährleistet ist.“

Und nach längeren entrüstungsflammenden Ausführungen sah oft der Artikel, den wir im Auge haben, mit den Worten:

„Wahrlich die Partei für „Wahrheit, Freiheit, Recht“ hat es weit genug gebracht, daß sie solche Schmach auf die Nation der Denker häuft.“

Solche Entrüstung war in der Ueberraschung des ersten Augenblicks nach dem Bekanntwerden des Rintelen'schen Attentats freilich sehr erklärlich, aber wenn man die Sache kaltblütig betrachtet, wenn man sich das Wesen der ultramontanen Partei vergegenwärtigt, wenn man an seinem innern Auge ihre ganze Geschichte vorüberziehen läßt, und die Ideengrundlage in Betracht

zieht, aus der sie erwachsen ist — wie ungerecht erweisen sich dann jene Worte bitterster, einer menschenfreundlich edlen Gesinnung entsprossenen Verurtheilung.

Entsprach der Antrag Rintelen etwa nicht durchaus dem Charakter und der geschichtlichen Veranhangheit jener päpstlichen Partei? Versündigte er sich nicht höchstens dadurch, daß er gegenüber den hier in Betracht kommenden Thatsachen dieser Geschichte eine von echt ultramontanem Standpunkt aus fast unerlaubte Milde athmete?

Wenn die Ultramontanen und ihre leuchtenden Vorbilder, die Jesuiten, wenn ihre obersten, unfehlbaren, heiligen Führer und Väter, die Päpste, so handeln könnten, wie sie — wenn es heut zu Tage noch angänge — handeln würden und handeln müßten, den Traditionen ihrer Geschichte und Grundsätze entsprechend, dann würde doch der Zusatzantrag Rintelen nicht die durch ihn betroffenen Verbrecher mit Doppeln von Geldstrafen oder mit ein paar lumpigen Jährchen Gefängnis bedrohen, sondern ihre Urheber mit Galgen und Rad, mit Folter und Scheiterhaufen unbarbarisch verfolgen und vernichten.

Es war ein kostbarer Act schonungslosster Entlarvung des Wesens und Strebens der eigenen Partei, zu der sich Herr Rintelen überzeugungsmuthig aufgerafft hat, eine That mindestens so viel, wenn nicht viel mehr werth, als die vielgepriesenen Worte Luthers auf dem Reichstage zu Worms:

„Hier sitze ich und kann nicht anders! Gott helfe mir, Amen!“

Und Herr Rintelen ist ein kluger Mann; er wußte ganz sicher, daß er nicht nur sich selbst und seine Partei bloßstellen könne und höchst wahrscheinlich bloßstellen werde durch seinen Antrag, sondern er hätte auch ein dickes Brett vor dem Kopf haben müssen, wenn er sich nicht gesagt hätte, daß an diesem Antrag möglicherweise der ganze von der Regierung vorgeschlagene Hauptparagraph der Umsturzvorlage, wenn nicht diese selbst, scheitern könne und voraussichtlich scheitern werde.

Kein Zweifel, aber auch gar kein Zweifel, daß diesen Erfolg Herr Rintelen sowohl, wie die ganze Centrumspartei vorausgesehen und höchst wahrscheinlich sogar beabsichtigt hat.

Sie wollten der bürgerlichen Gesellschaft, die ihnen immer noch viel zu liberal ist und deren Liberalismus sie — mit Recht — als Vater — von unserem socialdemokratischen Standpunkte angesehen, allerdings Nebenvater — des Socialismus kennen und hassen, —

er ihn mit einer Art Widerwillen und Abneigung, weil er bei ihm einen großen Mangel an praktischem Sinn und besonders eine ihm verdächtig scheinende Unabhängigkeit des Geistes entdeckt hatte. Mit diesem hartnäckigen Widerspruchsgeist war er niemals fertig geworden, und er zürnte Andree etwas, weil er auf seine Leidenschaft, die Leute zu leiten und zu beherrschen, gar keine Rücksicht nahm. Der Ruin seiner Schwägerin hatte ihm das Vergnügen verschafft, sie verschwenderisch mit seinem Rathschlägen und Vorwürfen zu überschütten, und dies war die einzige Gelegenheit, bei der er verschwenderisch war. Aber seit dem Tage, an dem er Germaine vergeblich den Vorschlag gemacht, Ladensfräulein zu werden, hatte er diese Ablehnung als eine persönliche Beleidigung betrachtet und von da ab das Haas nur noch sehr selten betreten, in dem seinen bestgemeinten Rathschlägen keine Beachtung geschenkt wurde. Nun mit einem Male verwandelte sich der grollende Onkel in einen guten Onkel, der sich sogar als freigeigig entpuppte.

Er hatte bei Moissin in einem reservirten Salon ein feines Frühstück bestellt, und während Andree etwas überrascht und innerlich unruhig dem ausgesuchten Imbiß alle Ehre anthat, fragte der Onkel ihn mit theilnehmender Miene nach seinen Plänen für die Zukunft. Andree erzählte von seinen vergeblichen Wängen, dem Zerbruch, den er dabei empfand, seinen Sorgen und der Ungewissheit über das, was morgen werden sollte.

Der Onkel drückte ihm sein Mitleid aus

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

41) (Nachdruck verboten.)

Frau Savenay hatte das Gesicht in den Händen geborgen. Germaine sah mit ihrem bleichen Antlitz, den starren Augen und verzerrten Lippen aus, als würde sie ohnmächtig werden, und Andree begriff jetzt mit einem Blick, was in der Seele der beiden Frauen vorgegangen war. Germaine, die der Duft des Weihrauchs, die Musik, all' das Gepräge des Cultus, das so mächtig auf die feinen weiblichen Sinne wirkt, erregt hatte, sah wie in einer Fieberhallucination das Bild des Glückes vor sich, von dem sie geträumt.

Die schlecht verharzte Wunde war wieder aufgebrochen und schmerzte um so heftiger, als sie Dujaule mit seinem Sohne kaum zehn Schritte von sich entfernt hatte vorübergehen sehen, ohne daß diese sie ansahen, oder vielleicht gar bemerkt hatten. Da hatte ein Schander sie erfasst und nervös hatte sie sich an den Arm ihrer Mutter geklammert. Frau Savenay, der der Gedanke ins Herz schnitt, daß Andere, Freunde, in ihrem alten Hause in der Murillostraße in das weiche Nestchen hineinkatzen sollten, das sie einst für ihre Kinder bestimmt hatte, fühlte plötzlich ihr Herz zusammengeschnürt durch den Gedanken, der wie eine Dision vor ihr aufstieg: daß das Leben ihres Sohnes wie das ihrer Tochter für immer verpfuscht sei.

„Nimm Dich zusammen! Man könnte auf Dich aufmerksam werden...“ sagte Andree leise, der wohl wußte, daß dies das beste Mittel war, seine Mutter zu beruhigen, die denn auch mit einer wahrhaft heroischen Anstrengung ihre Thränen zurückdrangte. Als sich dann die Ceremonie ihrem Ende näherte, beulte er sich, die beiden Frauen hinauszuführen und in ihren Wagen zu heben, wobei er ihnen versprach, in die Sakristei zu gehen und dort den Neuserwählten die Glückwünsche der Familie zu überbringen.

Er hatte sich dessen kaum entledigt, als er von seinem Onkel unter den Arm genommen wurde.

„Was machst Du denn jetzt? Man sieht Dich ja gar nicht mehr. Du sollst jetzt mit mir frühstücken; wir werden noch ein Weilchen zusammen plaudern.“

Sie gingen zusammen hinaus, als Santram auf sie zuellte. Er hatte Andree irgend etwas Wichtiges zu sagen und bestimmte für den nächsten Tag ein Rendez-vous für sie beide. Denn für heut könne er nicht mehr über sich verfügen, bemerkte er.

„Richtig“ sagte Andree lachend, „Du mußt ja dem vortrefflichen Alfred die letzten Ehren verweisen!“

Andree war etwas verlegen. Onkel Theodor hatte ihn durch Järlichkeit bisher niemals verwöhrt. Er hatte seinem Neffen immer mit gemischten Gefühlen gegenübergestanden, mit einer gewissen bewundernden Eifersucht, weil er fühlte, daß Andree viel eleganter und gebildeter war, als er; mit einem gewissen respectvollen Mißtrauen, weil er ihn als geistreich und, wenn es Noth that, auch als jactantisch kannte. Außerdem betrachtete

zeigen, bis zu welcher Tiefe des Rückschritts sie heruntergekommen ist, und ihr begreiflich machen, daß sie alle ihre liberal-revolutionären Errungenschaften wieder aufgeben muß, wenn sie den Capitalismus vor dem Untergang im Socialismus bewahren will.

Unsere Kirche sieht auf anderem Grund als Cure Gesellschaft — so philosophirten Kintelen und Consorten weiser, — sie hat schon Reiche über Reiche stürzen sehen — und einen Staat raab dem andern begraben helfen, — sie hat mit den Bürgerrepublikanern in Frankreich paktirt, sie schelt in Belgien mit beiden Augen — eben so ärtlich mit dem einen nach der hartherzigsten Großbourgeoisie der Welt, wie mit dem andern nach dem bemitleidenswerthesten Industrieproletariat, das unter dem Mammonismus geboren ward.

So calculiren die Kintelen, Lieber, Pöze und ihre hochwürdigsten Geisels — bis hinauf zu dem armen Gefangenen im Vatikan, der kümmerlich durch Peterspfennige sich ernähren läßt.

Nicht übel gerechnet — fürwahr! Sie werden sich überzeugen, aber erst, wenn es zu spät ist — daß ihre Rechnung ein Loch hat.

Quittung.

Im Monat Februar gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein:

- Wernerleben, durch den Vertrauensmann 20.—, Aken, durch den Vertrauensmann 10.—, Angsburg, amer. Aukt. im Walfisch 501 Berlin, Beitrage der Wahlkreise: 2. Kr. 400.—, 4. Kr. (Dtl) 600.—, darunter G. Böhl 100.—, Andreas B. 60.—, Treff 20.—, J. S. 64 6.—, W. M. Hochzeit Hadersdorferstr. 1.50, durch St. der Wolze 1.50, G. Kr. (Kloienthaler Vorstadt) 200.—, v. Nr. (Dramenburger Vorstadt) 300.—, darunter 20.—, Seilchen 300, G. Kreis (Koadit) 150.—, darunter amerikan. Auktion bei Seppert, Verlebergerstraße 6.—, von J. S. 4.—, G. Kr. (Schönhauser Vorstadt) 150.—, Berlin, dm. Beiträge, A. B. 30.—, B. S. 30.—, A. G. 20.—, Dr. V. H. 20.—, Roland 5.—, Köslinert. v. C. S. 15.—, Nothe Hochzeit Grummstraße 30.—, 1.75, Amerik. Auktion bei Pieder 300, Fröhliche Geburtstagsfeier durch G. S. 2.—, Arbeiter aus der Wilhelmstraße 4.50, Nothe Hochzeit aus der Grummstraße 5.—, Von A. Krüger bei Bloßfeld 3.—, Dr. S. 100.—, Nothe Geburtstag bei Gönte 5.—, Nothe Brüder a. d. Gochstr. 3.50, Geburtstag bei Niac 2.—, Sachlicher Genosse in Naabu, gegen die Umzugsvorlage 30.—, Von 2 Genossinnen 10.—, Buchbinderarbeiter und Arbeiterinnen von M. Bading 10.—, Weinprobe, Vindemir, durch Schwahn 2.—, A. S. 50, M. — 50, Lünige Brüder, Weimr. 22, 4.90, Geiseltiger Abend der Maschinenbauer 2.90, Gerrenabend bei August durch Müller 4.20, Bierprocente Sächere Fringent. 25 5.—, Amerik. Aukt. (Geburtstagsf. des Herrn S. und der Frau S. 2.20, Amerik. Aukt. in Naabu 1.50, Jugendbund, Januar und Februar 14.—, S. — 10, Amerik. Aukt. im Glühbahn-Berichtsam 1.—, Revolution 6.—, Sonorab

- 3.—, Brandenburg, v. Genossen 100.—, Bürger bei Offenb, v. Genossen 5.—, Brandenburg, Gg. Sch. 1. Quart. 2.15, Grefeld, amerik. Aukt. 2.81, Grefeld, G. 10.—, Cottbus, S. 10.—, Dresden, 6. sächs. Reichstagswahlkreis durch G. 300.—, Döbeln 1. Kate 60.—, Dresden, vier Freigehe grüne Jungens 5.—, Döbeln, Romanus 10.—, Dresden-Striepen, amerik. Aukt. Restaurant Bergmannstr. 42 2.20, Dresden, socialistischer Lieder Verlag 25.—, Dresden, Vergißmeinnicht Trachenberge 5.—, Dresden-Striepen, amerik. Aukt. in Müllers Restaurant, 3.30, Ernstth 15.—, Elsterberg, amerik. Auktion durch F. R. 8.—, Elsf., Chemnitz 5.—, Flensburg 30.—, Flensburg, gef. auf einem Geburtstags durch M. 5.75, Fürstenwalde a. Spree 25.—, Finsterwalde 100.—, Freiburg i. S., gef. auf der silbernen Hochzeit eines Genossen 10.—, Freiburg i. S., von Genossen 5.—, Gera 50.—, Gersdorf v. Zwickau, für den Umsturz 10.—, Glauchau, Ertrag einer amerik. Aukt. 8.—, Genthin 1.—, Großenhain 52.18 (darunter Gänse 1- 2.18), Genthin, Genossen 1.55, Hamburg, von den rothen Häubern von St. Pauli 20.—, von einer aufgelösten Liedertafel 4.—, Summa 24.—, Hamburg 2., Hochzeit K. Schubert 2.—, Hamann i. Zähl., Sängler 10.—, Hüttensteinach 5.—, Hüttenbrund 2.—, Hamburg 300.—, Hamburg, Cigarrenfabrik J. W. 70.10, Hamburg, Cigarrenfortirer B. u. M. 15.—, Hamburg, polnischer Jude 3.20, Hamburg, rothe Bude, Popienmarkt 40.—, Hamburg, Cigarrenfabrik Böbling u. Mühle 18.45, Hamburg, Cigarrenfabrik Köhler, Kampstraße 8.—, Hamburg, vom aufgelösten Ferdinand, 7.70, Hannover 500.—, Hamburg, 1. Wahlkreis 1000.—, Johanngeorgenstadt, aus dem Winterdierel 20.—, Johanngeorgenstadt, die Durchgefallenen 1.—, Königsberg, K. M. 20.—, Köpplersdorf 6.—, Linden (Westf.) 3.30, Lüneburg, S. 100.—, Lübeck, M. und D. Verkauf einer Wirtschaft 10.—, Lübeck, Polierfrug 3.—, Pignis, rothe Tracher 1.20, Ludwigsbafen a. Rh., von Genossen 1.10.—, Meerane 10.—, München 500.—, Nürnbaur 18.10, Nowawes v. Neuenhof 2. G. 1.—, Nordhausen 10.—, Neudamm, zielbewußte Genossen 4.—, Obergrächlit bei Greiz v. d. Genossen des Bezirks 50.—, Osnabrück, Prozeß 20.—, Overtstein, rothe Kindtaufe 3.—, Potsdam, amerik. Auktion 1.90, Pirna, rothe Hochzeit 3.10, Quedlinburg, durch B. 2.50, St. Jigen bei Heidelberg, Lederarbeiter 2.—, Sonneberg S. M., M. Jahr 2.45, Anauer 2.90, S. — 3 6.20, Th. S. — 60, Summa 12.15, Steinbach v. Sonneberg 4.—, Steinbach S. M. 4.—, Steglitz in 30.—, Solingen 15.56, Woltershausen, 3.30, Warrbau, rothe Sechsteiler durch G. S. 4.20, Weimar, S. 3.30, Zeulenroda, zur Bekämpfung der Umzugsvorlage 50.—, — In der Leitung vom 10. Februar 1895, Nr. 35 muß es unter Chemnitz 10. sächs. Reichstagswahlkreis nicht heißen 500.—, sondern 50.—; ferner muß es in der gleichen Leitung nicht heißen Osnabrück, sondern Osnabrück, von der Gesellschaft 6.—, Berlin, den 5. März 1895.

Für den Parteivorstand. A. Gerlich, Kassabachtr. 4.

Politische Rundschau.

— Was ein Federstrich bedeuten kann. Die „Frei. Ztg.“ schreibt: Wenn die Novelle zur Gewerbeordnung nach den Vorschlägen der Regierung oder gar nach den bekannten Anträgen Gesetz wird, dann werden, wie man in Feteressententkreise des deutschen Buchhandels berechnet hat, 48,432 direct am Reise- und Colportagebuchhandel beteiligte Personen brotlos. Hierbei sind keineswegs mitgerechnet die indirect beteiligten Personen, die Buchbinder, die Intermenten der Leder- und Papierbranche u. a., die teilweise durch einen jahra und unheilbaren Rückgang des Buchhandels auf das Empfindlichste geschädigt und zu großen Arbeiterentlassungen gezwungen würden. Gegen Maßregeln, durch welche man die Verbreitung von Schandromaneen unterbietet, wird

schwerlich Jemand etwas einzuwenden haben — immerhin sichern gegen die Verbreitung von unsittlichen Erzeugnissen schon die bestehenden Gesetze — aber wenn man lediglich wegen dieses einen Hundertstels der von der Colportage vertriebenen Producte ein ganzes blühendes Gewerbe ruiniren will so erinnert dies an die That des Bären, der die Fliege auf der Stirn des Schlafenden mit einem Steine tödtet. Ind.ß — ein Federstrich und das Ziel ist erreicht.

Die Trauben sind sauer, Bismarck winkt in den „Hamburger Nachrichten“ ab. „Wir würden“, heißt es, „es nicht als einen dem Fürsten Bismarck geleisteten Dienst ansehen können, wenn Ovationen für ihn da beantragt werden, wo eine ablehnende Aufnahme des Antrages außer Zweifel steht. Daß von der Majorität des Reichstages eine Ablehnung derartiger Anregungen, wenn sie erfolgten, zu erwarten ist, halten wir für zweifellos. In der Mehrheit des Reichstags herrscht heute die analoge Richtung, wie zu jener Zeit, wo der vom Reichskanzler geforderte Ministerial-Director abgelehnt wurde; die Gegner der vom Fürsten Bismarck betriebenen Politik haben heute, wie damals, die Mehrheit.“ Der Reichstag ist für Aprilscherze nicht ea. Mögen die Aprilnarren auf eigne Faust ihre Herrganzchen um den „Eisernen“ aufführen.

Die Weber und der Umsturz. Der „Vorwärts“ äußert sich über die endlich erfolgte officiöse Dementirung seiner Nachrichten der Demission des Präsidenten des Ober-Verwaltungsgerichts, Persius, wie folgt:

Zu unseren Mittheilungen über das unter eigenthümlichen Umständen und einem eigenthümlichen Druck erfolgte Abchiedsgesuch des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts, Herrn Persius, schreibt heute die Köller'sche „Berliner Correspondenz“:

„Die vom „Vorwärts“ gebrachte Nachricht, der Präsident des Ober-Verwaltungsgerichts, Persius, habe, veranlaßt durch den Minister v. Köller, seinen Abschied eingereicht, ist von Anfang bis zu Ende erfunden. Der Minister v. Köller hat weder schriftlich noch mündlich mit dem Präsidenten Persius über das be-unte Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts betreffend die Aufhebung der „Weber“ verhandelt. Auch davon, daß der Präsident Persius eine Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser nachgesucht habe, ist an maßgebender Stelle nichts bekannt.“

Das Dementi kommt etwas zu spät und läßt sehr viele Deutungen zu. Constatiren können wir, daß unsere Mittheilungen richtig waren. Daß Herr v. Köller die Verhandlungen mit Herrn Persius selber geführt hätte — durch welche Verhandlungen Herr Persius veranlaßt werden sollte, diejenigen Mäthe, die für die Aufhebung des polizeilichen Auführungsverbots der „Weber“ gestimmt hatten, in einen anderen Senat zu bringen, um das Drama dann durch den berühmten Herrn Stunke, der im Sinne der Polizei gestimmt hatte, und ähnlich urtheilende Richter verbieten zu können — haben wir nicht behauptet, sondern ausdrücklich das Gegentheil gesagt. Ob das Audienzgesuch des Herrn Persius an „maßgebenden“ Stellen bekannt ist oder

Frome, fast ärtlich aus. Andre erkannte ihn gar nicht wieder. Endlich, als man beim D. Herr angekommen war, diesem diplomatischen Augenblick, in dem das Feuer der edlen Weine die widerwärtigsten Seelen erweicht und zu Zagehändnissen geneigt macht, sagte der Dattel in seiner abwechselnd treuherrig-derben Art:

„Du mußt nicht verzweifeln, mein Junge. Du bist jung, ein flotter Kerl und nicht auf den Kopf gefallen. Du verheißt Dich vortheilhaft zu kleiden, Du hast Ehre, alles das ist so gut wie ein Capital. Man muß es nur verwalten, einen Proßt herauszuschlagen.“

Er machte eine Pause, während Andre's ganzes Gesicht zu fragen schien: „Wie denn das?“ Dann fuhr er eifrig fort:

„Du solltest heirathen. Du hast doch keine Abneigung gegen die Ehe, nicht wahr? Nun wohl! Ich habe etwas für Dich. Eine Gelegenheit, wie sie nicht wieder vorkommt!“

Andre war schon zur Abwehr bereit. Zunächst aber antwortete er nichts und beschränkte sich darauf, die sehr ernste Miene anzunehmen. Der Dattel fuhr fort:

„Vorhinmal hunderttausend Francs hoar als Wittgift, zahlbar in sicheren Werthen. Keine Schwierigkeiten. Ausgesuchte Anstellungen. Jeder Bruder noch Schwägerin vorhanden. Der Vater kann von einem Tag zum andern sterben. Er ist 65 Jahr alt und hat ein Herzkreisl. Er hinterläßt nach seinem Tode zwei große, sehr einträgliche Häuser in Paris, ein Gut in der Brice und mehr als eine Million. Er

läufig würde er Dich in sein Gesicht nehmen. Er ist ein tüchtiger Mann. Sein Vermögen hat er unter dem Kaiserreich in Grundbesitzspeculationen erworben.

Andre verzog das Gesicht. Der Dattel, der dies bemerkte hatte, seufzte sich, hinzuzufügen:

„O, wenn man den Ursprung aller Vermögen verfolgen könnte, würde man noch ganz andere Dinge erleben. Ganzrichtig ist, daß alles solche und sicher ist, so daß es nicht angefochten werden kann! Dann kann das Geld unmerklich erworben sein, wie es will!“

„Und das Mädchen?“ sagte Andre.

„Königsberg, ein Jahr. Nicht gar hübsch, keine schöne Haare, aber gesund, kräftig und. Sie heißt Rosalie. Wenn ich Dir sagen soll, ob sie blau, ich würde oder grüne Augen hat, meiner Dien, dann muß ich Dir gestehen, daß ich das nicht weiß. Es ist mir so, als ob sie blond sei. Das ist aber gewiß weiß, ist, daß man sie sich nicht besser wünschen kann. Sie ist schön, hässlich, geberden, ohne eigenes Willen, gerade fast genau, um so weit zu sehen, wie ihre Nase reicht, die aber durchaus nicht lang ist. Kurz, eine Frau, für die man gut sagen kann.“

„Lauter konnte sich nicht enthalten, wieder eine Grimasse zu schneiden.“

„Ich sehe Dich schon kommen, Du Spötter.“ jagte der Dattel mit lustiger Miene. „Du möchtest lieber etwas Plantes haben. Aber schiß Du Du nicht Kopf denn nicht d. a. Borzug, den eine etwas beschränkte Frau hat? Du hast mit ihr ein Kind, unmerklich auch noch, um das Erbe zu sichern. Du verheißt mich

wohl. Dann bist Du frei. Donnerwetter! Du bist jung, und, vorausgesetzt, daß Du keinen Scandal veranlaßt, kannst Du Dich dann ein bisschen amüßren. . . Also, wenn Du willst, stelle ich Dich vor. Der Vater ist ein Freund von mir. Unter meinem Schutze wirst Du gut aufgenommen, machst Deine Auswirkung, und in drei Wochen ist Hochzeit. Eine Hochzeit, sage ich Dir, daß Alle, die Dich in diese Lage gebracht haben, plazen sollen vor Neid und Aerger. Ich will Dir auf dem Standesamte den Saal mit Blumen decoriren lassen. In der Kirche sollst Du Musik, Blumen und Kerzen haben, daß Dein Freund Bernau sich verkriechen kann. Nun, was sagst Du dazu?“

Andre zögerte einen Augenblick mit der Antwort, um ihr größeren Nachdruck zu geben. Dann sagte er langsam:

„Ich sage, daß ich nicht mag.“

Der Dattel fuhr auf — er war verlegt, und es frag an, in ihm zu tochen:

„Und warum das? Ist Dir die Partie vielleicht nicht glanzend genug? Oder findet der junge Herr die Braut nicht hübsch genug?“

„Nein, das nicht,“ erwiderte Andre lakiblitig. „Ich finde diese Jagd auf eine Erbin nur sehr schmerzhaft. Ich habe zum Mitgiftjäger absolut kein Talent.“

Als hätte er einen Schlag ins Gesicht erhalten, sprang der Dattel in die Höhe.

... ist gleichgiltig. Daß der Präsident des Oberverwaltungsgerichts vom Kaiser „geschnitten“ und nachher in eine Unterhaltung gezogen wurde, die Herr Persius nicht zu den freundlichen Erinnerungen seines Lebens zählt, hat Herr v. Köller nicht dementirt. — Was sich seit jenem Zeitpunkt, an dem wir das Abhiebsgesuch des Präsidenten an die große Glocke hängen, hinter den Coulissen zugetragen hat, wissen allerdings auch wir nicht. — Hat vielleicht gar der „Vorwärts“ Herrn Persius die Stelle gerettet?

— Wozu die Arbeiter gut sind. Recht interessant ist die nachstehende Verfügung, die von den Erfindungen handelt, welche durch in den Militärwerkstätten beschäftigte Arbeiter gemacht werden. Diese neu erlassenen Bestimmungen lauten:

„Der Arbeiter ist verpflichtet, auf Verbesserungen und Erfindungen, die den besonderen Zwecken der Institute oder ihrer Arbeit förderlich sein können, bedacht zu sein und solche Vorschläge der Direction durch ihre Vorgesetzten vorzulegen. Alle Erfindungen, die von Arbeitern in Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten gemacht werden, fallen dem Reichs-Militärfiskus zu. Das gilt auch von Gebrauchsmustern. Wird von einem Arbeiter die Nachsuchung eines Patentes beabsichtigt, so hat er der Direction durch seine Vorgesetzten Anzeige davon zu machen, und die Erklärung der Direction darüber abzuwarten, ob im Interesse der Militärverwaltung Einspruch dagegen erhoben wird. Sobald die Erfindung eines Arbeiters oder eines andern „Erfinders“ von der Militärverwaltung für nutzbringend erkannt und verwendet wird, so erhält der Erfinder eine angemessene Prämie in baarem Gelde.“

Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu: Diese Verfügung ist namentlich dann interessant, wenn man sie mit der vor wenig Tagen bekannt gewordenen Zusammenhänge, nach der alle socialistisch gesinnten Arbeiter aus den Militär-Werkstätten ohne weiteres zu entlassen sind. Also keine Rechte — nicht einmal das Recht, eine Gesinnung zu haben — aber Pflichten haben die Arbeiter in den Militär-Werkstätten. Daß sehr viele Erfindungen, die Erfindung von Verbesserungen jaft ausschließlich von Arbeitern gemacht werden ist ja bekannt. Daß aber zur Ausnutzung dieser Erfindungen nicht der Erfinder, sondern der Unternehmer, bei dem der Arbeiter gerade angestellt ist, hier also die Militärverwaltung, berechtigt ist, das ist neu! Wie nun, wenn es dem Arbeiter durch eigene Ausnutzung seiner Erfindung möglich wäre, einen höheren Gewinn zu erzielen, als ihm die nach dem Ermessen der Militärverwaltung gewährte „angemessene Prämie“ bietet? — Wer dem Arbeiter gegenüber so wenig Verpflichtungen anerkennt, ihn auch eines politisch n. Rechts einer eigenen Ansicht beraubt, der sollte doch auch dem Arbeiter nicht contractlich solche Pflichten auferlegen. Wenigstens sollte dies nicht in einem „Musterbetriebe“ geschehen.

— Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Kempten-Mettmann ist, wie wir schon meldeten, auf den 9. April angesetzt. Unsererseits candidirt wieder George Meist. Von der freisinnigen Partei soll ein Herr Eduard Büren aus Wilschaden, von den Antisemiten Dr. Wandlardt in Remscheid und von den National-liberalen Fabrikbesitzer Herrn. Wilsing zu Rohwinkel als Candidat aufgestellt worden sein. Die Conservativen haben im Verein mit dem Bunde der Landwirthe den Gutspächter Kemmann nominirt. Die Centrumpartei wird ebenfalls einen eigenen Candidaten aufstellen. Sehr betrüblich ist die „Kreuz-Ztg.“ über die Vorgänge in diesem Wahlkreise, weil sich die Sache gar nicht so macht, wie das Juristenorgan es gern sehen würde. Wehmüthig schreibt die „Kreuz-Ztg.“: „Wenn es eine Zeit lang so ausfah, als sollte im Wahlkreise Kempten-Mettmann der Socialdemokratie gegenüber eine Singung wenigstens des Theils der bürgerlichen Parteien zu Stande kommen, die der Hauptsache nach auf demselben Boden stehen, d. h. der Conservativen und „deutsch-socialen Reformer“, so scheint diese Hoffnung auch zu Wasser geworden zu sein. Die deutsch-socialen Reformer behaupten nämlich, daß der bereits gewonnene Candidat, Gutspächter Kemmann, nicht parteilos, sondern conservativ sei, und daß überdies den Mittelparteien gegenüber auf ihre Kosten viel zu weit gehendes Entgegenkommen stattgefunden habe, weshalb sie berechtigt seien, mit einer eigenen Candidatur hervorzutreten. Dasselbe will nun auch das Centrum thun, das sonst die Freisinnigen zu unterstützen pflegte. Unter diesen Umständen ist wenig Aussicht, das Mandat der „Umsturzpartei“ zu erreichen.“ Wir glauben auch, daß das Mandat der „Umsturzpartei“ erhalten bleibt; ob conservativ und Antisemiten sich einigen, dürfte für den Ausgang der Wahl ziemlich bedeutungslos sein.

— Die Angst vor der Socialdemokratie hat die anhaltische Regierung veranlaßt, dem gegenwärtig tagenden Landtag eine Abänderung des Wahlgesetzes zum Landtag vorzuschlagen, der den größten Theil der Arbeiter des Wahlrechts berauben würde.

Heute werden von den 36 Vertretern des Landtags 24 durch indirecte Wahlen gewählt, bei denen jeder 25 jährige unbescholtene Anhaltiner stimmberechtigt ist. Die Regierung schlägt nun vor, den § 7 des Wahlgesetzes dahin abzuändern, daß zu den Wahlen der Städte und des platten Landes, die eben jene 24 Vertreter stellen, nur wahlberechtigt sein soll, wer die Befähigung zu den Gemeindevahlen nach §§ 52 bezw. 110 der Gemeindeordnung hat und seit 6 Monaten innerhalb des Wahlbezirks wohnt. Bedeutet schon die letztere Bestimmung eine Einschränkung des Wahlrechts, so gilt dies noch vielmehr hinsichtlich des ersten Satzes, der das Wahlrecht zum Landtag abhängig macht von der Befähigung zu den Gemeindevahlen. Zu diesen ist nur berechtigt, wer mindestens 30 Pfennige Einkommensteuer pro Einheit bezahlt, d. h. ein Einkommen von mindestens 1050 Mark hat, oder mit 45 Pfennigen zur Grundsteuer eingeschätzt ist. Damit würde das Wahlrecht der Arbeiter in die Hände der Besitzenden gespielt, denn in Anhalt sind Löhne über 1000 Mark Ausnahmen. Wird der Regierungsvorschlag Gesetz, und bei der gegenwärtigen Zusammenlegung des Landtages ist daran nicht zu zweifeln, so ist den Arbeitern jede Aussicht einer Vertretung im Landtage, die bisher trotz der Einrichtung der indirecten Wahlen vorhanden war, benommen. Trotz dieser Entrechtung der verlassenen Klasse wird sich aber auch in Anhalt die Socialdemokratie durch die Wucht der ökonomischen Thatsachen Gehör verschaffen.

— Die Reichslande scheinen eine Alters-Versorgungsanstalt für Reichsbeamte zu sein. Ein gewisser Graf Marogna war nach 1871 zwei oder drei Jahre lang Landgerichtsrath in Mühlhausen gewesen, hatte aber dann seinen Abschied aus der elsass-lothringischen Verwaltung genommen, um als Richter bei den internationalen Gerichten in Kairo in die Reichsdienste zu treten. Das Elß vergaß der Herr Graf in Aegypten ganz und erinnerte sich seiner erst, als er erkrankte, daß seine Stellung ihm keinen Anspruch auf Pensionirung gewährte. . . . Im letzten Jahre erfuhr man nämlich am Oberlandesgericht in Colmar die Ernennung dieses Herrn zum Oberlandesgerichtsrath, zugleich aber auch, daß er einen dreimonatlichen Urlaub erhalten habe. Nach Ablauf dieser drei Monate wurde der Herr Graf pensionirt mit dem Ruhegehalt eines Oberlandesgerichtsraths. Vom Grafen Marogna hat man in Colmar nie die Spur gesehen. Die elsass-lothringische Regierung hat also einen Beamten in ihre Dienste aufgenommen, bloß um ihm ein Ruhegehalt aus der Landeskasse zuzuwenden. Die Sache soll, wie wir hören, im Landesauschuß zur Sprache gebracht werden. Da muß es doch wirklich himmelschreiend sein, wenn der sich darum kümmert.

Aus Italien wird der „L. V.“ geschrieben: Das Solidaritätsgefühl der Arbeiter aller Länder wurde durch das Weltfest mächtig gehoben, und in Italien ward es besonders zu einer Triebfeder für Organisation und Kampf mittels Stimmzettel. Arbeiterorganisation und Intensität der Mafseier bewegten sich hier in parallel aufsteigenden Linien. Diesem Verhältnisse trägt der Beschluß der Parteileitung Rechnung, indem sie in der nächsten Mafseinummer ausschließlich die Wahlfrage behandeln und allseitig beleuchten wird. Die Erfolge der belgischen Genossen, der angestrengte Kampf der österreichischen ums Stimmrecht und der Siegeslauf der Deutschen lassen um so mehr einen energischen Vorstoß in Italien zur Erringung des allgemeinen gleichen directen geheimen Wahlrechts nöthig erscheinen, als die geldgierige feige Bourgeoisie sich aus dem Parlament jagen ließ, sich brutaler Dictaturherrschaft unterwarf. Eine Wahlrechtskapitation ist auch deswegen geboten, weil bei der jüngsten Crispinischen Wählerlistenrevision Unglaubliches geleistet wurde zum Nachtheil des werththätigen Volkes; Tausende von Arbeitern wurden ihres Rechts beraubt. Die Mafseinummer wird von den gediegensten Kräften, von Turati und Bissolati, redigirt. — Nicht nur Handarbeiter, sondern auch Assistenten an Universitäten müssen in Italien hungern, was in einem Bourgeoisstaat denn doch allzugesährlich wird. Die dadurch gegen sich selbst betriebene Umsturzpolitik artet zur Kaiserrei aus. Bekanntlich bilden schon jetzt in Italien akademisch gebildete Männer einen sehr ansehnlichen Procentsatz der Socialdemokratie. In Ravia wurden 12 Assistenten seit November v. J. auf ihren Lohn — für Goldschreiber hat Crispi aber täglich 3000 Frca.

— Das Parteiorgan unserer belgischen Genossen „Le Peuple“ (das Volk) fährt fort, Tag für Tag Documente, Briefe und amtliche Protocolls über den Ursprung der Congoisenbahn zu veröffentlichen. Wie bereits erwähnt worden ist, hatte König Leopold den

beihelligten Finanzmännern einen Bericht Stanleys zugestellt, der die Vortheile der Erbauung einer Congoisenbahn und die angeblich geringen Kosten des Unternehmens darlegte. Der König versandte einen zweiten Bericht Stanleys, der nachwies, daß es sich in Wahrheit „um ein vortreffliches Geschäft“ handle. Mit der Erbauung einer 300 Kilometer langen Eisenbahn und mit einigen Dampfern würden glänzende Gewinne erzielt werden. Afrika versendet jährlich 500 Tonnen Eisenblech im Werthe von 15 Mill. Fr. nach Europa. Die Westküste liefert jährlich nach Europa 60 bis 70 000 Tonnen Palmöl im Werthe von 50 bis 60 000 Millionen Francs. Diese drei Erzeugnisse allein liefern dem Handel einen Transport im Werthe von 103 Millionen Francs. Ueberdies sichert das Congoebden selbst der Congoisenbahn Transporte von über 42 000 Tonnen. Das Geschäft ist also gut; man muß zugreifen und es ist Zeit, daß der ausführende Ausschuß der afrikanischen Vereinigung an das Werk geht. Auf Grund dieser echt Stanley'schen Berichte warb der König selbst Unterzeichner; Baron von Greindl, der Vertrauensmann des Königs, war nicht minder rührig und unterhandelte mit dem Baron von Hirsch, den auch Stanley und Roux aus Marseille für das afrikanische Unternehmen zu gewinnen suchten. In einem langen drahtischen Briefe an seinen Schwiegervater, den Senator Bischoffsheim, berichtet Herr von Hirsch über die ganze Sachlage und über die Unterhandlungen. Darnach erschienen bei Herrn von Hirsch Baron von Greindl, Stanley und die beiden Großkaufleute Roux und Fraissinet aus Marseille. „Dieser Amerikaner Stanley scheint mir im ganzen der richtige Gumbug zu sein; er ist allerdings, wenngleich sehr wenig gebildet, im übrigen recht interessant und geschickt, aber unbedingt nicht in der Lage, ein technisches Gutachten abgeben zu können.“ Stanley legte ihm drei Projecte vor; in jedem werden bedeutende Summen für den Ankauf von Waffen und Munition gefordert, was für ein industrielles Unternehmen nicht sehr ermutigend ist. Das erste Project will eine Gesamtforschung (Kosten 100 000 Str.), das zweite Project plant die Erbauung einer 30 engl. Meilen langen Eisenbahn (Kosten 140 000 Str.) und das dritte Project will eine 70 Meilen lange Eisenbahn für 175,000 Str. bauen. Alle technischen Zahlen Stanleys sind jeder ersten Grundlage baar. Die beiden Großkaufleute aus Marseille, die schon nach Afrika Handel treiben, wollen aus diesem neuen Unternehmen für sich Nutzen ziehen und für ihr Knopfloch sorgen, indem sie dem belgischen Könige willfährig sind. Baron Greindl trat mit größter Wärme für das „schöne Unternehmen“ ein, aber auf die Frage, wie viel Hirsch zeichnen wollen, gab der Letztere keine entscheidende Antwort. Herr v. Hirsch schlug vor, klein anzufangen, nur eine 30 Meilen lange Industriebahn, deren Wägelchen nicht von Locomotiven, sondern von Negern gezogen werden, zu erbauen, doch fordere Stanley den Ankauf von drei Dampfern. Hirsch schätzte die Kosten des also beschränkten Unternehmens auf zwei Millionen Francs; nur auf diese Weise „ist in der ganzen Kaiserrei eine Spur Erfolg zu erhoffen.“ „Die erste Million wollen der König selbst, der Großindustrielle Barocqué, Bischoffsheim und Hirsch zeichnen. Die zweite Million bekommt der König bei Roux und Fraissinet und in London, wo — wie Baron Greindl mir sagte — der König bereits einige Opfer habe, u. A. Fräulein Coutts und andere Leute, die ebenso wenig von der ganzen Sache verstehen. Beharrt der König dabei, diese Dummheit zu machen, so werden wir sehen, was zu retten ist; da der erste Versuch einige Jahre dauern wird, so ist zu hoffen, daß inzwischen ein anderer Stuß (Anhan) in seinem Kopfe aufstauen wird.“ Schließlich lehnt Hirsch jedes Amt im Verwaltungsrathe ab. Inzwischen verfolgte der König sein Unternehmen mit Zähigkeit; unter seinem Vorzuge wurde ein Studiencomitee eingesetzt und beschloßen, sich mit der Rotterdammer Afrikanischen Handelsreinigung, an deren Spitze die Herren Pincoffs und Kerdyck ständen, zu verbünden. Der holländischen Gesellschaft sollte der Untercongo überlassen bleiben; das neue Studiencomitee sollte die Erbauung der Congoisenbahn und den Handel an Obercongo in die Wege leiten. Der König zeichnete 133,000 Francs, die übrigen Mitglieder des Studiencomitees 172,500 Francs, wofür sie später Eisenbahncarten erhalten sollten. Die Holländer Pincoffs und Kerdyck bestätigten vor allem den König in seinen afrikanischen Plänen, aber ihr eigenes afrikanisches Amt rüchsen brach schließlich zusammen, sie machten einen schlimmen Bankrott; Pincoffs floh nach Amerika, Kerdyck ergriff sich in der Brüsseler Vorstadt Schaarbeek. Und heute lehnt König Leopold dieses Abkommen mit der katholischen Mehrheit in der afrikanischen Frage ab und will trotz des Abtrahens des Ministeriums selbst „die aus dem“ gehen — schwerlich mit Erfolg.

— Die schwedischen Arbeiter nehmen, im Gegensatz zu dem Bürgerthum des Landes, das dem Könige wegen seiner starrsinnigen Haltung in der Streitfrage mit Norwegen Quatoren brachte, einen sehr correcten Standpunkt zu der Frage ein. In mehreren Versammlungen in Malmö und anderen Orten wurde die Anschauung der Arbeiter in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht: „Die Versammlung, die sich als Repräsentantin aller denkenden Arbeiter betrachtet, spricht ihre Mißbilligung der abentheuerlichen Politik aus, welche der König von Schweden und sein Premierminister durch die letzten Verhandlungen mit den Vertretern des norwegischen Volkes wieder aufgenommen haben. Sie muß vom allgemeinen volkrechtlichen Standpunkt Norwegens die Forderung auf vollkommene Selbstregierung als durchaus berechtigt anerkennen und sie protestirt, und fordert die Arbeiter an allen Orten des Landes auf, ebenso zu protestiren gegen jeden Versuch von schwedischer Seite, direct oder indirect den Streit dahin zuzuspitzen, daß die beiden Brudervölker gezwungen werden, zur Waffe zu greifen für die Lösung der Frage, die bei gegenseitigem Entgegenkommen wohl im Guten gelöst werden könnte. Besonders weist die Versammlung alle Solidarität mit der Presse zurück, welche täglich zum Haß zwischen den beiden Völkern aufheißt, während sie in anderen Fällen nachweist, daß Beide die gemeinsamen Feinde des arbeitenden Volkes sind.“

— Ein neuer japanischer Erfolg wird vom ostasiatischen Kriegsschauplatz gemeldet. Die japanische Brigade unter General Nogis hat Pinkow, die Hafenstadt von Mantschuang eingenommen. Die chinesische Armee unter General Sung wird unablässig weiter verfolgt und immer wieder von Neuem auseinandergetrieben. Die Chinesen hatten große Verluste, während die Einbuße der Japaner nur gering war. Japan erwirbt um Aufschub der Abreise Li-Hung-Tschangs um eine Woche, da es ihn bis zum 19. d. Mts. nicht empfangen könne. Nach den letzten Nachrichten vom Kriegsschauplatz haben die Japaner Kolan ohne Widerstand besetzt. Die erste und zweite japanische Armee haben sich bei Pinkow vereinigt. General Sung hat sich nach der Niederlage bei Pinkow nach Tschirangtai zurückgezogen.

Gegen die Tabaksteuer.

— Protest-Versammlungen gegen die Tabaksteuer haben auf Veranlassung der Commission der Tabakarbeiter Berlins in nachstehenden Städten stattgefunden: In Sorau am 26. d. Mts., in Sorau am 27. d. Mts., in Guben N.O. am 2. d. Mts., in Schmiedeau am 3. und in Cottbus am 4. März. In Sorau hat seit drei Jahren eine socialdemokratische Versammlung überhaupt nicht stattgefunden. Meistens in allen Versammlungen war Genosse Börner-Berlin. Eine Resolution, die sich in scharfer Weise gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, wie überhaupt gegen jede indirecte Steuer äußert, fand in allen Versammlungen einstimmige Annahme.

— Aus Enger bei Bünde schreibt man der „Zeitg.“, daß im Hinblick auf die Tabaksteuererhöhung bereits bedingungsweise Kündigungen der Arbeiter durch die Fabrikanten erfolgt sind. In Enger, ein Städtchen von 2500 Einwohnern, in welchem die Erziehung der Landwirte und Handwerker durch die Arbeiter gegeben sind, ist seit einigen Tagen von sämtlichen Fabrikanten den Arbeitern gekündigt, falls § 1 und 5 der Vorlage Gesetz wird. Die kleineren Betriebe müßten nach Annahme der Tabaksteuererhöhung sofort eingehen, während die capitalstärkeren Firmen ein Risiko Angehts der sehr zweifelhaften und nicht abzuhenden Schaltung der Cigarettenfabrikation nicht übernehmen wollen. An einem Tage müßten also alle Arbeiter brotlos werden.

Weiter wird uns geschrieben, daß in Folge des schlechten Geschäftsganges, der durch die fortgesetzte Verzögerung der Tabakindustrie hervorgerufen ist, die Cigarettenfabriken sich schon jetzt genöthigt gesehen haben, ihre Arbeiter nur halbe Tage arbeiten zu lassen. Die Arbeiter sind truppenweise vor das Amt marschirt mit der Bitte, gegenüber der ihnen drohenden Gefahr der Entlassung bei der Regierung vorstellig zu werden.

— Aus dem Kreise Pyrmont hat eine Versammlung von Tabakarbeiter eine Resolution an den Reichstag geschickt, welche um Abhebung der Tabaksteuererhöhung ersucht, weil die hohe Steuerbelastung des Tabaks zu einem großen Rückgang des Consums in Cigaretten und zu geschäftlichen Rückschlüssen von Arbeitern, besonders der Familienväter, führen werde, da letztere als ältere Leute die zeitgemäßen Anforderungen nicht mehr zu entsprechen im Stande sein werden. Bei Annahme des Gesetzes würde die Fabrikation der Pyrmont-Cigarette, welche circa vier Fünftel der Fabrikation im Kreise ausmacht, nach Süd-Deutschland verlegt und somit die leistungsfähigsten Fabrikanten des Reichs in ihrer Erzeugung gehindert, sowie auch die schwächeren, kleineren Betriebe gänzlich ruiniert werden.

— Auch in der Siegener Tabakindustrie werden — wie die „Frankf. Zeitung“ erzählt — unangenehme Arbeiterentlassungen vorgenommen werden, falls die Tabaksteuererhöhung Gesetz werden sollte.

— Aus Philippsburg in Baden, dem Wahlkreis des Grafen Degenfeld, hat Abgeordneter Richter eine Petition eingebracht, in welcher eine große Zahl von Tabakarbeitern Klage führen, daß die Regierung nicht bei der Tabaksteuererhöhung die Arbeiter berücksichtigen wird.

schließen zu müssen, sobald die Fabriksteuer durchgeföhrt wird.

— In Osnabrück haben sämtliche Cigarren- und Tabakfabrikanten dem Magistrat in einer Eingabe erklärt, daß sie bei Einführung der Tabaksteuererhöhung gezwungen sein würden, sofort ihre sämtlichen Arbeiter, und zwar zum größten Theil dauernd, zu entlassen.

— Die Duisburger Handelskammer hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in welcher sie um Ablehnung des Tabaksteuererhöhungswurfs bittet.

— Aus Freiburg in Sachsen erfuhr eine mit 350 Unterschriften versehene Petition der Fabrikanten, Arbeiter und Interessenten der Cigarettenindustrie an den Reichstag, jede höhere Belastung des Tabaks, welcher Art diese auch sein möge, abzulehnen und dadurch der gesammten Tabakindustrie, die ohnehin durch die Ketten seit über 25 Jahren wiederkehrenden Verunruhigungen schwer gelitten, die nöthige Ruhe zurückzugeben.

Parteiangelegenheiten.

Aus dem Kreise Ludwigs-Johannisburg. Wie in diesem Kreise die Conservativen hinter den Coulissen gehandelt, gelauscht, intrigirt haben, ist durch die Veröffentlichung von Correspondenzen der Zweigen dieser Partei genügend bekannt geworden. Waren bei dem Kampfe der Ordnungspartei unter sich niedrige Missethaten, gemeine Intrigue die beliebtesten Waffen, so bekamen während des Wahlkampfes die Socialdemokraten die brutale Gewalt der Gegner zu spüren. In welcher Weise in jenen zurückgebliebenen Gegenden, wo der Landmann unter dem Gendarm und einer verdammten, fanatischen Masse, noch die unmanövrirte Herrschaft ausübt, die Wahlfreiheit verweigert wird, davon hat der nächste Provinzialer, obwohl keineswegs unbekannt, doch kaum eine Ahnung. Um unsern Lesern einen leichten Begriff von jenem Verdrüß zu geben, schreibt der „Vorwärts“, wollen wir in nachstehendem eine Schilderung der dortigen Zustände nach uns zugegangenen Briefen von Parteigenossen folgen lassen. Unser Gewährsmann hat hauptsächlich die Kreise Ludw. und Ludw. bearbeitet. Am Sonntag, den 10. Februar, so schreibt man uns, kamen sechs Genossen von Königsberg, um uns bei der Agitation behilflich zu sein. Vier Mann gingen nach Johannisburg, um dort unsere Candidaten, den Gutsbesitzer Ehardt zu unterstützen. Wir gingen fünf Mann hart nach Borsummen. Dort wurden die zwei Königsberger Genossen verhaftet, trotzdem sie Legitimation bei sich hatten. Unser Berichterstatter berichtet an den Minister des Innern, welcher die Freilassung der Inhaftirten verfügte, so daß sie nach drei Stunden wieder frei waren. Während die Genossen nun weiter fahren nach Kölln, mußte der Telephon seine Schuldigkeit thun und die Ankunft der Inhaftirten gemeldet haben. Der Gutsbesitzer Ehardt erhielt aber keinen. Die große Schandthat wurde sich mittlerweile mit 15 bis 20 Menschen, die mit großer Anstrengung vertrieben waren. Auf das nachmalige Verlangen nach Ehardt wurde den Verhafteten kurz und bündig erklärt, daß sie überhaupt nicht erhalten würden. Die stumme Permutationen hingen bereits an zu haken und nur mit Mühe und Noth gelang es den Genossen hinaus zu schlüpfen und auf ihrem Schlitzen zu entkommen. Bis Dienstag, wo wir wieder in Bad mit den übrigen Genossen zusammen trafen, war ein Theil des Kreises mit Hingebenen belegt, die einzige Agitation, die wir erzielten konnte. Genüß hat es wenig denn Gendarmen und Ordnungspartei sammelten die und die Wahlhelfer wieder ein. So war die Agitation zu Fuß überhaupt unmöglich geworden. Der Lohn lag an manchen Stellen merklich: es mußten deshalb 4 Fahrten gemacht werden, die mit 12 Mann besetzt wurden. In Jörden lag ein Gutsbesitzer bei unserem Vorhaben den Anstand und die Schwärzen zusammenrufen, um uns zu verhelfen zu lassen. Schließlich wurde aber davon Abstand genommen: auch hier nahm man den Leuten Ringelblumen und Dabbeln wieder fern. In einem Orte, Mönchen, ließ man einen Arbeiter, von dem man sagte, daß er schon 1893 socialistisch gewählt hatte, einfach gar nicht wählen, man erwartete ihn aus dem Local. Alle als Socialdemokraten bekannten Personen darunter hier viele kleine Posthalter) werden auf's äußerste schikantirt.

— In Neuenhagen, Rhenland, Borsum, hat in allen Dörfern wieder die conservativen Stimmzettel mit Schnaps und Cigaretten gefüllt. Jetzt Hingebenen in Ludw. während der Wahl die Wahlhelfer für 10 Mark pro Tag zur Verfügung, am Wahltag hatten wir gegen 70 Mann gegen uns, wir waren vier. Die meisten waren, Schmiede und Schlosser waren in den Orten gar nicht eingetragenen, mit welchen Zahlen kann man sich denken. Da ist es noch kein Wunder, daß wir nicht ganz 1500 Stimmen bekommen haben, wo wir mindestens mit 2000 rechnen. Nun kommt aber noch in Betracht, daß wir nur den halben Kreis belegen konnten. Den ganzen Kreis bei dieser Zeit zu bearbeiten war unmöglich, wenn man bedenkt, daß der Kreis 18 Wahlen im Durchschnitt hat. Die Wahlhelfer sollen gar keine Wahlhelfer gehabt haben. Unser Gewährsmann glaubt so sehr an den Erfolg unserer guten Sache, daß er meint, „dem nächsten Gang“ würde der Wahlkreis uns zufallen. Wenn wir auch einen solchen Optimismus seinen Namen gemahnen können, so zeigt das zum mindesten von der Überzeugungstreu und dem Ausdauersthum, von dem unser Genosse im ersten Orte sprach. Da eine politische Organisation im Kreise noch nicht besteht, so wollen die Genossen demnach mit der Gründung eines Wahlvereins vorgehen. Sollten wir noch bis April, daß Versammlungen unserer Partei gar nicht abgehalten werden könnten, so ist die einzige Stimmzahl allerdings eine überaus große und bietet keinen Grund zu übertriebenen Hoffnungen.

Das socialistische Gift unter auch im Königreich Preußen immer mehr Eingang, trotzdem aber gerade weil der Herrscher von Brandenburg alles selbständige Denken zu unterbinden sucht. Der jetzige Versuch aus den Reihen der Bürgerlichen wird bald eine kräftigere entstehen, die des Reichthums. Ich habe Gelegenheit, so schreibt ein Parteigenosse der „Frankfurter Volksstimme“ mit einer Anzahl Parteimitglieder zu sprechen, und habe zu meiner Freude bemerkt, daß auch hier, dem überaus dunklen Reichthum, die Socialdemokratie immer mehr an Boden gewinnt. Ich habe die Socialdemokratie immer mehr an Boden gewinnen gesehen, die Socialdemokratie immer mehr an Boden gewinnen gesehen.

es die famose Arbeitsordnung des Herrn v. Stumm, über die die Arbeiter sehr aufgebracht sind. Und das mit Recht, sintemal jeder Arbeiter, der einmal mit dem Strafgesetzbuch in Conflict kommt und mit nur 10 Mark Geldstrafe oder einen Tag Gefängnis bestraft wird, sofort aus der Arbeit entlassen und auf die Strafe geworfen wird, ganz ohne Rücksicht darauf, ob der Betreffende ledig oder verheirathet ist. Jeder vernünftig denkende Mensch muß hier zugeben, daß ein solcher Paragraph sehr dazu geeignet ist, die Leute, die im Schweiß ihres Angesichts ihr Stück Brot essen, mit Haß gegen ihren Brotherrn zu erfüllen. Denn wie leicht kann es auch dem besten Manne passieren, daß er bei irgend einer Gelegenheit, sei es mit oder ohne sein Verschulden, vor dem Strafrichter erscheinen muß und mit 10 Mark oder einen Tag Gefängnis bestraft wird. Mag König Stumm noch so viel über die „Anhänglichkeit“ seiner Arbeiter triumphiren, Thatsache ist und bleibt, daß die socialdemokratische Wissenschaft auch bei seinen „Getreuen“ festen Fuß gefaßt hat!

Totentzitter der Partei. In Gerbich bei Bernburg starb der Genosse Falke. Derselbe gehörte schon seit 1874 der socialdemokratischen Partei an und hat seitdem unaufhörlich für sie gewirkt. Dem Mitte der siebziger Jahre alten Genossen gereicht es, wie unser Dessauer Partei-Organ schreibt, zur besonderen Ehre, daß er in einem kleinen Orte, wo es mit besonderen Schwierigkeiten verbunden war, ausblühte und einen kleinen, aber überzeugten Stamm Genossen angeworben hat.

Die Socialdemokraten gedeihen auch in den Alpen. In Innsbruck (Tirol) ist die Bewegung bereits sehr erstarkt. Der Boykott, den die Socialdemokraten wegen Saalverweigerung über das Brancerei-Etablissement „Adamsbräu“ verhängt haben, ist dem letzteren bald ziemlich unbehaglich geworden, so daß bereits Verhandlungen wegen Aufhebung der Verweigerung eingeleitet wurden. Diese haben jedoch bis heute zu keinem positiven Resultat geführt, unterdessen betreiben unsere Genossen beim Civil- und Militärtribunal eine eifrige Agitation gegen alle Localen, in denen Adamsbräu geschänkt wird.

Sociale Uebersicht.

Dem Drange, auch seinerseits den Arbeitslosen mit Rath und That zur Seite zu stehen, entspricht der Vorsitzende des Vorstandes der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Litpreußen durch folgende Bekanntmachung: Da zur jetzigen Winterzeit viele Arbeiter keine Beschäftigung haben, so mache ich darauf aufmerksam, daß dieselben berechtigt sind, die Invaliditäts- und Altersversicherung freiwillig auf eigene Kosten fortzusetzen. Der Arbeiter hat, wenn er von diesem Rechte Gebrauch machen will, für jede Woche, während deren er ohne Arbeit ist, eine Doppelmarke zu 28 Pfennigen in seine Quittungskarte selbst einzuflehen. Er sichert sich hierdurch den Anspruch auf die Invalidenrente bei eintretender Arbeitsunfähigkeit, und auf die Altersrente bei vollendetem 70. Lebensjahre; auch erhöht sich, durch jede verwendete Marke der Betrag der vereinbarten Rente. Königsberg in Preußen, den 10. Januar 1895. Landeshauptmann von Stodhausen. — Es ist gut, daß der Herr Landeshauptmann die Arbeiter auf ihr Recht, selbst bleichen zu müssen, aufmerksam macht; die Leichtsinnigen könnten es in diesem Falle wirklich vergessen, in anderen Fällen gemahnt der Gerichtsvollzieher energisch genug. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter in Schaaren herbeizürnten, weniger vielleicht, um das Leben zu besorgen, als vielmehr um den Herrn Landes- hauptmann ein wenig über den Werth aufzuklären, den 28 Pfennige bei einem Arbeitslosen haben.

— Die Arbeitslosenstatistik, welche die Magdeburger Gewerkschaften am 31. December von den Arbeitslosen Magdeburgs ausnahmen, bedeutet, so unvollkommen sie auch immer ist, eine schwere Anklage gegen die heutige Wirtschaftsordnung. Es waren arbeitslos 727, davon 478 Verheirathete, die 1243 Kinder zu ernähren hatten. Diese Verheiratheten wurden davon mit 10,905 Wochen Arbeitslosigkeit betroffen. Die Ledigen haben 6094 Wochen, die Verheiratheten 10,885 Wochen gearbeitet. Auffallend ist auch, daß die Familienväter unter den Arbeitslosen stärker vertreten sind; wie aus obigen Zahlen zu ersehen ist, sind es 229 Familienväter mehr als ledige Personen. Zählt man zu den 727 Erwachsenen noch die 1243 armen Kinder, dann erhält man schon die ansehnliche Zahl von 1970 Personen, die nicht wissen, womit sie sich kleiden oder nähren sollen. — Wie grauhaft müßte erst das Ergebnis sein, wenn es die Behörden einmal selbst unternehmen würden, eine Glendstatistik aufzunehmen.

Gerichtliches.

Wirungen der Umkehrvorlage? Bürgerliche Blätter melden aus Bautzen: „Drei noch unmündige Burschen standen vor kurzem vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts, um sich gegen eine Anklage wegen Erpressung zu verantworten. Die hoffnungsvollen Jungen hatten an einen Landwirth hiesiger Gegend wiederholt die mit scharfer Drohung begleitete schriftliche Aufforderung gestellt, an einem bestimmten Ort Geld zu legen! Der Schluß lautete wiederholt: „Hoch lebe die Anarchie!“ Für ihre Strafen erhielten sie die wohlverdienten Strafen von einem Jahr Gefängnis bis 2½ Jahre Zuchthaus, sowie Stellung unter Polizei-Aufsicht.“ Die Worte: „Hoch lebe die Anarchie!“ scheinen auf die Herren Richter sehr anregend gewirkt zu haben. Ein Jahr Gefängnis bis 2½ Jahre Zuchthaus für einen solchen Dummenjungenstreich unmündiger Burschen — das ist jedenfalls ein hartes Stück, und nur erklärbar aus der herrschenden Anarchist-Junkerei.

Responsible Redacteur: E. Reuter; — Redaction: Neue Graupenstr. 5.6; — für den Inseratentheil: E. Jahn; — Expedition: Neue Graupenstr. 5.6; — Verlag von E. Schatz & Co.; — Druck von E. Schatz; — sammtlich in Breslau.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

Im Reichstage wurden heute zunächst zwei Resolutionen zum Militäretat erledigt, die am Freitag an die Budgetcommission zurückgewiesen waren. Die erste Resolution, die des Centrumsabgeordneten Schäbler auf Verabreichung warmer Abendskost an die Soldaten, ist durch einen Zusatz dort so verstimmt worden, daß unsere jungen Leute im bunten Rock noch lange werden warten können, bis ihnen die nothwendige Verbesserung ihrer Nahrung zu Theil wird. Aus diesem Grunde stimmte unsere Fraction auch gegen den Commissionsantrag. — Die Bobbielski'sche Resolution, die für die Quartiergebiet Entschädigung verlangt, wurde unverändert genehmigt. — Dann kam der Post-Stat an die Reihe. Die Debatten gleichen ganz den vorjährigen. Herr v. Stephan ist nach wie vor taub für alle Reform-Vorschläge, mögen sie nun von freisinniger, antisemitischer oder socialdemokratischer Seite laut werden, der Postassistentenverein wird nach wie vor „lieb-voll behandelt“, und die sozialen Verhältnisse im Reiche der deutschen Postverwaltung keine Rebe. Das versichert uns wenigstens nach mir vor Herr Fischer, Director im Reichspostamt, Unterstaatssecretär in spe und gegenwärtig rechte Hand und Stütze des alt gewordenen und franken Generalpostmeisters. Mit ätzender Schärfe kritisierte G. Hoffe Schoeniant an der Hand eines reichen Materials die zahlreichen Mißstände in der Postverwaltung. Die Erwidrung, die ihm wurde, war materiell ebenso unzureichend, wie im Vorjahre. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

* * *

57. Sitzung vom 11. März, 1 Uhr.

Zunächst wird der mündliche Bericht der Budgetcommission über die ihr überwiesenen Resolutionen zum Militäretat entgegengenommen.

Die Commission Berichterstatter Abg. v. Podbielski, conf.) beantragt die Annahme der Resolution von Podbielski in unveränderter Fassung:

„den Herrn Reichskanzler zu ersuchen zu veranlassen, daß für das Etatsjahr 1895/96 die Mittel bereit gestellt werden, um den Quartierwirthschaften, welche während der Uebungen der Truppen den Mannschaften die Verpflegung freiwillig verabfolgen, eine Vergütung nach den Sätzen für die Marschverpflegung gewähren zu können.“

die Annahme der Resolution Dr. Schaedler und Genossen dagegen in folgendem Wortlaut:

„den Herrn Reichskanzler zu ersuchen zu veranlassen, daß die mit der Verabreichung warmer Abendkost an die Mannschaften des activen Heeres angestellten Versuche fortgesetzt werden, und je nach dem Ergebnis dieser Versuche Mittel zur allgemeinen Einführung dieser Einrichtung in den Etat einzustellen, sobald die Finanzlage des Reiches es gestattet.“ (Die letzten sieben Worte sind Zusatz der Commission, welche außerdem die in dem ursprünglichen Antrag Schaedler enthaltenen gewesenen Worte für das Etatsjahr 1895/96 gestrichen hat.)

Abg. v. Bollmar (soc.) bemerkt, durch die Veränderung, welche die Commission an dem Wortlaute der Resolution Schaedler vorgenommen habe, verliere diese allen Werth, denn die Finanzlage des Reiches werde noch auf

lange hinaus die Durchführung der Maßregel nicht gestatten. Man sollte lieber die Resolution zurückziehen, um nach außen hin zum Ausdruck zu bringen, daß der Reichstag ungezählte Millionen für das Militär bewillige, aber nicht genug, um unsere Soldaten genügend zu ernähren. Er beantrage jedenfalls über den Zusatz der Commission besonders abzustimmen, da er gegen diesen Zusatz stimmen werde.

Abg. Dr. Schaedler (Centr.) kann nicht anerkennen, daß seine Resolution durch den Zusatz der Commission vollständig werthlos werde. Die Commission habe zum Ausdruck gebracht, daß die Verabreichung warmer Abendkost recht bald durchgeführt werde. Auf die Finanzlage habe man unbedingt Rücksicht nehmen müssen.

Abg. Dr. Hammacher (natl.) schließt sich diesen Ausführungen an und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die Maßregel bald zur Durchführung gelangen könne.

Abg. Richter (freis. Volksp.) hält es für eine eigenthümliche Taktik, daß die Socialdemokraten hier für eine Erhöhung der Ausgaben eintreten, während sie nachher, wie stets, gegen den ganzen Etat zu stimmen entschlossen seien. So erhebliche Mehrausgaben ließen sich nun einmal nicht nachträglich in den Etat hineinbringen, wenn man nicht an anderen Stellen Einsparungen mache oder aber neue Einnahmen bewillige. Wollte etwa Herr v. Bollmar, um die warme Abendkost zu ermöglichen, für die Tabaksteuer stimmen?

Abg. von Bollmar erwidert, er werde weder für letztere, noch für eine andere indirecte Steuer eintreten. Es komme nur darauf an, Ersparnisse beim Militäretat zu machen.

Die beiden Resolutionen werden darauf in der von der Commission empfohlenen Fassung angenommen.

Darauf tritt das Haus in die zweite Lesung des Etats der Reichs-, Post- und Telegraphen-Verwaltung ein.

Beim Titel „Staatssecretär“ befürwortet

Abg. Dr. Lingens (Centr.) eine weitergehende Sonntagsruhe für die Beamten der Postverwaltung und deshalb die Annahme folgender von der Commission vorgeschlagenen Resolution:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß zur Förderung der Sonn- und Feiertagsruhe im deutschen Reiche gleichzeitig mit der Abschaffung der Güterzüge auf den Eisenbahnen auch die vom Reichstage beschlossene Beschränkung des Paketbetriebes beim Reichspostamt zur Ausführung gelange.“

Referent Abg. Moeller-Dortmund (natl.) befürwortet Namens der Commission gleichfalls die Annahme der von dem Redner empfohlenen Resolution.

Staatssecretär Dr. v. Stephan erklärt, es sei schon seit Jahren das Bestreben der Reichspostverwaltung, ihren Beamten die nöthige Sonntagsruhe zu gewähren; in dem Umfang, wie die Resolution und Abg. Lingens es wünsche, werde es aber nicht möglich sein, schon deshalb, weil die Post sehr oft mit außergewöhnlichen unvorhersehbaren Verhältnissen zu rechnen habe. Beschränkte man auch die Annahme von Paketen an Sonntagen, so werde man doch mindestens die von Gelpaketen beibehalten müssen, ebenso aber die Bestellung von solchen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Volksp.) wünscht eine Verlegung der Schalterstunden an Sonntagen im Interesse des Handelslandes, für den nach Verhängung der Sonntagsruhe die Zeit von 5—7 Uhr Abends wenig Werth habe. Für die den Mitgliedern des Hauses zugestellten cartographischen Uebersichten über die Entwicklung des Post- und Telegraphenwesens in Deutschland sei er dem Staatssecretär dankbar, sie stellten für diesen ein Denkmal aere perennius dar. Leider fehle eine gleiche Uebersicht über die Entwicklung des Telephonwesens, und er fürchte, dieselbe würde ein wesentlich ungünstigeres Bild liefern. In anderen Staaten habe es ohne Zweifel einen weit großartigen Aufschwung genommen. Das liege lediglich an den zu hohen Tele-

graphengebühren. Im Auslande habe man auch vielfach bessere Apparate. Eine große Anzahl von Handelskammern habe wiederholt um Abhilfe petitionirt, aber immer ohne Erfolg. Ein großes Mißstand sei es ferner, daß für Gespräche zwischen enganeinanderliegenden und mit einander verwachsenen Städten wie Hamburg und Altona, Elberfeld und Barmen, Köln und Deutz die Gebühren für Fernverkehr erhoben würden. Weiter befürwortet Redner die Erhöhung der Gewichtsgrenze für gewöhnliche Briefe von 15 auf 20 Gramm. Ein großer Einnahmeausfall würde davon auf die Dauer sicher nicht zu befürchten sein.

Staatssecretär Dr. v. Stephan erwidert, eine Uebersicht über die Entwicklung des Telephonwesens, hoffe er dem Hause im nächsten Jahre zugehen lassen zu können, vielleicht auch eine solche der Unfallmeldestellen, die sich in den letzten Jahren ganz erheblich vermehrt hätten. Das Fernsprechwesen habe bei uns einen Aufschwung genommen, wie nirgends in der Welt. Der Redner habe wohl nur nicht das gesammte Material zur Hand gehabt. In ganz Frankreich beständen z. B. nicht so viel Fernsprechstellen, wie in Berlin allein; das spreche doch deutlich genug. Daß die Zahl der Abonnenten sich jetzt nicht mehr in dem Maße steigere, wie im Anfange, sei das doch kein Wunder; wir hätten eben den Gipfelpunkt erreicht. Die Wünsche auf Ermäßigung der Fernsprechggebühren, die von einer Anzahl von Handelskammern vorgebracht worden seien, seien ihm sehr wohl bekannt, er wisse aber auch, daß eine ganze Reihe von anderen Handelskammern sich diesen Wünschen nicht angeschlossen habe, weil sie nicht für begründet erachtet hätten. Die Verwaltung könne sich nicht davon überzeugen, daß durch eine Ermäßigung der Gebühren sich die Zahl der Abonnenten genügend vermehren würde, um den entstehenden Ausfall auszugleichen. Wünsche man aber eine Gebührenermäßigung für die kleinen Städte, so sei zu entgegen, daß in diesen gerade die Kosten der Anlagen sich oft gar nicht verzinsen, Ueberschüsse brächten und die großen Städte; für diese müßte man demnach eher eine Ermäßigung befürworten. Man müsse eben bedenken, daß die Unterhaltung des Fernsprechwesens sehr erhebliche Unkosten erfordere. Deshalb könne man auch Städten, wie Hamburg-Altona, Barmen-Elberfeld oder Köln-Deutz, keine besonderen Begünstigungen zugestehen. Die Erhöhung der Gewichtsgrenze, die Redner befürwortet habe, würde so erhebliche Ausfälle verursachen, daß sie wahrscheinlich die Erzielung neuer Steuerquellen nöthig machen würde. Zu einer solchen werde aber die Partei des Redners am wenigsten die Hand bieten wollen.

Abg. Dr. Foerster (Reformp.) hält eine Herabsetzung des Portos für Stadtbriefe in Berlin auf 5 Pfg. für geboten. Dabei könne die Postverwaltung ein gutes Geschäft machen, wie unzweideutig aus dem großen Aufschwung hervorgehe, den das Privatunternehmen der Packetfahrtgesellschaft genommen habe. Er wünsche jedoch eine Bestimmung, durch welche die Postverwaltung ermächtigt werde, die oft in großen Massen aufgegebenen Drucksachen unästhetischen Inhalts zurückzuweisen. Für sehr wünschenswerth halte er ferner eine Erhöhung des Höchstgehaltes der Stadtbriefträger, auch eine Erleichterung ihres Dienstes durch Einführung einer zweckmäßigen Kleidung in der heißen Jahreszeit müsse er befürworten. Die Anregung auf eine weitergehende Sonntagsruhe der Postbeamten kann er nur von ganzem Herzen unterstützen. Weiter müsse er darauf aufmerksam machen, daß die Militärämter bei der Postverwaltung erheblich ungünstiger gestellt seien, als die Civilämter, indem man ihnen den Probendienst beim Aufrücken in höhere Gehaltsstufen nicht anrechne. Redner tadelt schließlich die immer wieder vorkommenden Maßregelungen von Beamten, sei es wegen Zugehörigkeit zu dem bekannten Postassistentenverein, sei es aus politischen Gründen. So sei ein Postsecretär deshalb im Interesse des Dienstes“ versetzt worden, weil er sich als Candidat der antisemitischen Partei habe aufstellen lassen. Trotzdem es im vorigen

Im bunten Rock.

(Schluß.)

Am 24. August 1891 wurde folgender Regimentsbefehl bekannt gemacht:

„Der Musketier Schüler der 2. Compagnie erhält 14 Tage strengen Arrest, weil er beim Exerciren einer Abtheilung sich krank stellte, absichtlich während des Marschirens hinter den anderen Reuten zurückblieb, sich absichtlich während des Marschirens zur Erde warf, sich dadurch dem Dienst zu entziehen suchte und im Gliede lachte.“

Also Simulation, nur mit deutschen Worten ausgedrückt. So steht es in meinem Führungszeugnis geschrieben, wenn ich mich aber recht erinnere, dann stand in dem Originalbefehl als weitere „ideale Concurrency“ mit den anderen Uebelthaten noch: „Rameraden an den Hockschuß faßte.“ Das hatte ich nämlich auch gethan, als ich mich allein nicht mehr fortzuschleppen konnte.

Ich raste, als ich wieder in meiner Arrestzelle saß. Unheimlich wurde mir angefaßt der trostlosen Wirkung von der Macht des Militarismus. Mit dem Kopf rannte ich gegen die Wand. Ich begriff, daß der preussische Militarismus den Menschen entweder tödtet oder wahnsinnig machen kann.

Natürlich faßte ich den Beschluß, mich zu befeuern. Und wenn Hölle und Teufel sich gegen

mich verschworen haben, dachte ich, du weichst ihnen nicht.

Zufällig war der Auditor in irgend einer anderen Stroflache in Celle. Man theilte ihm mit, daß ich von Neuem gegen die Militärgewalt einen Ansturm nehmen wolle, worauf er den Wunsch äußerte, mich zu sprechen. Ich wurde zu ihm geführt. Er rieth mir von einer Beschwerde ab. „Was“, rief ich ihm entgegen, „ich soll mich wider alles Recht einsperren lassen, ich soll zusehen, wie man ein kriegsgerichtliches Verfahren aus Mangel an Beweisen gegen mich einstellt, und soll zusehen, daß man mich wegen der vor Gericht als hinfällig erwiesenen Beschuldigung nun im Disciplinarwege bestraft und zu diesem Zweck dem Disciplinarrichter die kleine Gewissenserleichterung zur Seite stellt, daß er nicht nöthig habe, mir die Schuld meiner Handlungsweise nachzuweisen, wie mir dies bei meiner vorigen Beschwerdeführung stets entgegengehalten worden ist? Ich soll, weil ich krank war, 14 Tage strengen Arrest verbüßen? Suchen Sie sich einen Anderen, der sich das gefallen läßt; ich verlange jetzt, kriegsgerichtlich abgeurtheilt zu werden, — entweder Freisprechung oder „Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft und unter dem Gewehr“ Festungshaft so lange, wie Sie wollen.“ Ich war in einer furchtbaren Aufregung.

Heute kann ich mir diese, natürlich im Interesse des sicheren Bestandes der militärischen Disciplin und Ordnung nothwendige „Rechtserklärung“ sehr wohl erklären. Ich denke mir die Sache nämlich folgender-

maßen: Der Auditor, ein vornehmer Mann und gewissenhafter Jurist, hielt es mit feiner Ehre und mit seinem Gewissen nicht für vereinbar, lediglich auf Grund eines vagen Verdachtes hin, ohne jegliche materielle Beweisführung, mich vor ein Kriegsgericht zu schleppen und dort den Herren meine Schuld einzureden. Der Gerichtsherr, Herr Generalleutnant von Winterfeldt, dachte anders: Gott, wie sich eben die Gedanken und Anichten entwickeln, wenn man sich erst einmal bis zur Excellenz entwickelt hat. „J.“ sagte er sich, „dieser Schüler, dieser riederträchtige Harikopi, der uns schon so unendlich viel Aerger und Verdruß gemacht hat, ist schuldig, das ist meine feste Ueberzeugung. Beweisen läßt sich allerdings keine Schuld nicht, — wie kann man nun diesem Menschen bei halbwegs gerechtem Ansehen einen Denzettel verschaffen? — Halt, ich hab's!“ — Und was geschah nun? Das Verfahren wurde eingestellt und die Sache dem Regiment zur Disciplinar-Erledigung, die sich glatt vollzieht und ohne Beweispflicht, nur gemäß der von oben empfangenen Ueberzeugung, überwiesen! Der Herr Regiments-Commandeur verstand diesen kleinen „Wink“, und welcher Untergebene thäte nicht das, was der Borgelegte gern sieht? — und ich bekam meine 14 Tage strengen Arrest. War das nicht wunderbar gemacht? Ja, unsere Herren vom Militär sind geschickte Leute! Am 16. oder 17. September kam mein Regiment aus dem Manöver zurück; ich hatte derweilen im Arrest gesessen; denn am den 14 Tagen mußte ich gleich die handgerichtlichen vier Wochen verbüßen.

Jahre bestritten worden sei und wohl heute wieder bestritten werden werde, scheint ihm in den Maßregelungen System zu liegen.

Hr. Dr. Schoenlant (Soc.) erkennt es als einen Fortschritt an, daß das Dienstaltersstufen-system eingeführt wurde, ferner, daß Erleichterungen im Dienst bei verschiedenen Berliner Postämtern eingetretten seien, und daß man in dem Collectenwesen beschränkt worden sei. Damit hört aber das Vortheilhafte des Bildes auf. Im Ganzen sei das oft getadelte System der Postverwaltung den Beamten gegenüber das alte geblieben. Das Verhältnis zwischen etatsmäßigen und außeretatsmäßigen Beamten sei noch immer sehr ungünstig. Die außeretatsmäßigen Beamten könnten jederzeit nach vierwöchentlicher Kündigung entlassen werden. Die vorjährige Resolution des Reichstages auf frühere Anstellung der Beamten sei unerfüllt in den Papierkorb gewandert. Nicht minder berechtigt seien die Klagen über die Unzulänglichkeit des Wohnungsgeldzuschusses. Auf den Mißstand, der in der Art der Gewährung von Stellenzulagen seitens der Postverwaltung liege, wolle er nicht wieder eingehen. Nicht weniger ungerichtet als bei ihnen verfähre man bei den Ordiszulagen, die nur höhere Beamte erhielten: für Postassistenten existire sie gar nicht. Er komme sodann auf die Wohlfahrtseinrichtungen der Post. Am meisten werde die sogenannte Posthilfskasse angeführt. Diese existire aber nur für die Beamten, die sich in gesicherter Lebenslage befinden, d. h. angeheiratet seien. Dazu gelangten manche Unterbeamten erst nach 24 Jahren. Wohlwollende, die ein Lebensalter Dienst geben, erhielten ein Ruhegehalt von durchschnittlich 125 Mark. Am bezeichnendsten für die Postverwaltung sei die von ihr eingerichtete Spar- und Vorruhekasse. Die Sparere müßten sich oft ganz erhebliche Absätze gefallen lassen. Vortheile erhielten nur die höheren Postbeamten und zwar zu niedrigem Zinsfuß. Viele Klagen kämen auch an seine Parteigenossen über das Postbesoldungsamt, vielfach würden Besoldungsstücke aus nicht haltbarem Stoffe geliefert. Mit der Sonntagserube der Postbeamten habe es noch sehr schlecht. Manche hätten jahraus, jahrein keinen Dienst, manche seien nur jeden siebenten Sonntag dienstfrei. In Berlin läße sich schon viel Abhilfe schaffen, wenn man Sonntags nur die Hauptämter öffnete, die kleinen „Quetschen“ aber die nur Briefsendungen, aber keine Pakete annehmen, geschlossen hielten. Auch durch den Nachdienst entstanden sehr große Mißstände, es komme vor, daß Beamte 19 und 21 Stunden hintereinander Dienst hätten. In 7 Tagen habe ein Beamter in Berlin 71 Stunden Dienst gehabt. Und die Leute, die so angestrengt würden, würden bei jeder Gelegenheit mit Disziplinarstrafen belegt, wenn sie einen Vorgesetzten nicht vorchriftsmäßig grüßten, wenn sie keine Hufe an der Hofe hätten oder wenn sie die Vorchrift zuwider, beim Nachdienst sich Coffee tranken. Suchten die Beamten sich durch Organisationen ihre Lage selbst zu bessern, so lege man ihnen allerlei Hindernisse in den Weg. In Bayern existirt eine Organisation der unteren Beamten, bei uns sieht man die Organisationen in Privatberufen nicht gern, geschweige denn in staatlichen Berufen, wo auch das System des Herrn von Strumm Schule gemacht hat. Daher die Maßregelungen der dem Verbande angehörigen Postassistenten. Die Maßregelung erfolgt natürlich nicht offiziell, „des Interesses des Dienstes“ giebt da stets den Ausschlag, aber wie kommt es, daß in Bremen drei Postassistenten verurteilt wurden, nachdem ihre Namen in der „Deutschen Postzeitung“ veröffentlicht worden waren. Hat dem Bahnpostamt in Halle hat der Director die Assistenten getragt, ob sie dem Verbande angehören (hörs, hörs, links). Was geht denn das die Postverwaltung an? (Sehr richtig, links.) Der Director sagte, er wolle nicht, daß sein Name in Reichstage genannt werde. Ich kann dem Namen den Gehalt nicht thun, sein Name in Heber. Am Juni u. J. sind nicht weniger als 16 Postassistenten verurteilt worden. Das giebt doch zu denken. Die sociale Lage der Posthilfsboten kann man am leichtesten aus dem Verhältnisse der Pensionen erkennen. Die schlechte Bezahlung dieser Beamten-categorie macht es social begreiflich, daß die Beamten in die Bewegung geraten, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen. Es ist das social zu verstehen und die Richter verstehen es auch, denn sie billigen den Angelegten durchweg

mitbernde Umstände zu. Ein mit 2,15 Mk. pro Tag besoldeter Beamter hatte Beträge von 564 Mk. unterschlagen und vor Gericht sagte der Postdirector aus: Der Mann leide an Größenwahn, er habe sich Schiller's Werte angeeignet. (Große Heiterkeit.) Von der Behandlung des Personals zu reden erübrige sich, dafür spreche 3 B. der bekannte Abtrittsfensterkas vom Postamt W. 35 in Berlin (Director Fischer ruft, „ist ja zurückgenommen“). Ja er ist zurückgenommen worden, nachdem ihn die „Berl. Volkszeitung“ veröffentlicht hat. Der Erlaß ist ridienie (lächerlich) und sehr bezeichnend. Weiter sprechen für die unwürdige Behandlung der Beamten die Klage, in denen ihnen bestimmte Kneipen zu besuchen verboten werden. Redner erörtert dann den anstrengenden Dienst in den Schnellzügen und bei der Berliner Straßenpost, auf die die Reichspostverwaltung sich mit Recht etwas einbilde. Die Postverwaltung würde sich ein Verdienst erwerben, wollte sie den Postunterbeamten Gelegenheit geben, vorwärts zu kommen. Aber bei der jetzt herrschenden Auslaugung bis auf den letzten Blutstropfen sei das nicht möglich. Die Dienstzeit bleibe jetzt bis zum 21. Lebensjahr außer Berechnung, er empfehle die Altersgrenze. In einer Broschüre von Bieth, der selbst Postbeamter war, werden die socialen Zustände der Postunterbeamten und ihre Klagen sehr treffend geschildert. Die Broschüre ist erst jüngst erschienen, dürfte aber der Postverwaltung wohl bekannt sein. Ich meine, wenn sie nicht bald dafür sorgen, daß die Postunterbeamten anständig alimentirt werden und die nötige Bewegungsfreiheit erhalten, denn wird die Unzufriedenheit immer mehr um sich greifen, so daß Sie ihrer nicht mehr Herr werden können. (Bravo bei den Socialdemokraten.)

Director im Reichspostamt Dr. Fischer will nicht auf alle von den beiden Vereinnern vorgebrachten Einzelheiten eingehen, verwahrt sich aber gegen die Deutung, daß das was er nicht erwähne, nicht zu widerlegen sei. Vollständig laich sei das Ziel der Socialpoint der Postverwaltung dargelegt worden. Herr Schoenlant sehe durch eine zu schwarze Brille und er leide die ihm zugehenden Zuschriften doch etwas zu kritisch an. Nicht alle Klagen seien ohne weiteres berechtigt. Wenn Dr. Fischer sich 3 B. über die Nichtanerkennung des Probejahres der Militärärzter beschwert, so vergesse er doch, daß demselben mancherlei Erleichterungen zuzubringen. Sie hätten außer dem Gehalt von ihrem Truppendienst Unterzulagen erhalten und bekämen nach Ableistung des Probejahres schon ein festes Gehalt. Dr. Schoenlant habe behauptet, das Verhältnis der etatsmäßigen zu den außeretatsmäßigen Stellen habe sich nicht gebessert. Das Gegenteil sei der Fall. Seit dem Beginn der Socialpolitik des Herrn v. Trewhan seien in jedem Jahre ca. 2000 neue etatsmäßige Stellen geschaffen und sofort besetzt worden. Im Ganzen seien 15000 neue etatsmäßige Stellen geschaffen worden. Das sei doch ein bemerkenswerther Fortschritt und die Postverwaltung werde dabei nicht stehen bleiben, sondern ihre Verhandlung für die sociale Lage ihrer Beamten auch weiterhin betreiben (Beifall rechts.) Eine genaue Statistik der unfähbaren und fähbaren Beamten existire aber nicht, aber er habe schon im vorigen Jahre gesagt, daß bei Kündigung von Beamten kein Recht und Gerechtigkeit walte: alle Garantien dafür seien gegeben. Das die Postverwaltung es nicht gern lebe, wenn junge Beamte von 20 Jahren, denen eigentlich die Ehren noch nicht offen geworden seien, beurlaubt, sei selbstverständlich: sie hindere sie aber nicht am Heirathen, sondern raube ihnen nur davon ab. Das Hr. Dr. Schoenlant die Wohlfahrtseinrichtungen der Postverwaltung herabzusetzen wolle, sei ihm erklärlich. Die Spar- und Vorruhekasse würde durchaus wünschbar und sei von großem Nutzen für die Beamten, doch hätten sie nicht ein Capital von 2 Millionen annehmen können. Mit den Reichsbahnen dürfe man allerdings nicht so verfahren, daß der Reichsbahn gebildet werde. Aber es ist doch so viel erreicht worden, daß die Sparrenten um ein Drittel größer sind. Die gegenwärtigen Angaben des Herrn Schoenlant weisen er zurück.

Darauf wird die Weiterberathung auf Dienstag 12. März vertagt. — Beginn 8 Uhr 15 Minuten.

Locales.

Breslau, den 12. März 1895.

* Stadtverordneten-Versammlung.

Nächste Sitzung findet Donnerstag, den 14. d. Mt. Nachmittags 4 Uhr statt. Aus der großen Zahl d. auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen ist zunächst das Gutachten des Ausschusses I. über die Bewilligung von Ruhegehalt den Haushältern und Schuldienern d. höheren, wie mittleren und Volksschulen, sowie d. Wärtern der größeren Turnhallen; der Ausschuss empfiehlt die Magistratsvorlage zu genehmigen. Gegen sie am 26. Novbr. v. J. in der III. Abtheilung im 24. Bezirk stattgefundenen Stadtverordnetenwahl unterm 29. Novbr. Protest eingeleat worden, weil b. derselben Ungesetlichkeiten vorgekommen sein sollen. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß in der Sitzung am 20. December den Magistrat zu ersuchen, die, wenn möglich eibliche, Vernehmung der sämmtlichen im Protest genannten Zeugen herbeizuführen. Zu Grund der vom Magistrat in Sachen des Protestes v. angestellten Erhebungen empfiehlt der Wahl- und Berufungsausschuss, die Wahlen der Herren Kunde und Schleier zu Stadtverordneten für gütig zu erklären; da gleich empfindet derselbe Ausschuss bezüglich sämmtlicher Stadtverordnetenwahlen mit Ausnahme der Wahlen in den Bezirken Nr. 24 und 28, welche für sich behandelt werden. — Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen weiter Gutachten des Staatsausschusses über eine Reihe von Etats der einzelnen Verwaltungen. Beim Etat des Stadt-Leihamts beantragt derselbe, den Magistrat zu ersuchen, Ermittlungen über die Art der Benutzung des Leihamts anzustellen und demnächst zu erwägen, ob sich die Verbeibaltung des Leihamts empfiehlt. — Ferner ist hervorzuheben die Vorlage des Magistrats betr. die Wiedereinführung der Mittelschule für Knaben. Nach dem von der Stadtschuldeputation aufgestellten Lehr- und Einrichtungsplan soll die neue Schulart nicht, wie die bestehenden vier acht-klassigen Mädchenschulen, von der Anfängerklasse aufgebaut, sondern unter Voraussetzung des elementaren Wissens in nur vier aufsteigenden Klassen, mit Parallellassen nach dem Bedürfnis, gegliedert werden. Für den Besuch der Mittelschule im All.emein. soll ein mäßiges Schulgeld zur Erhebung gelangen, besondere tüchtige Knaben aus den Volksschulen sollen bei erwiesener Dufstigkeit von vornherein Freischule erhalten. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten-Versammlung, nach dem Beschlusse der gemischten Commission der Wiedereinführung der Knabenmittelschulen zuzustimmen zu wollen.

* Die Bismarckfreunde Breslaus sind eifrig an der Arbeit; seit vielen Wochen treffen sie Vorbereitungen, um dem „Utreidskanzler“ zu seinem 80. Wiegenfeste Ehrungen mancherlei Art zu erweisen. Sie veranstalteten Geldsammlungen, es sollen Commerce abgehalten werden und eine Guldigungsfahrt zu dem „Umsiedler im Sachsenwalde“ ist gleichfalls beschlossene Sache. Die guten Leute sind aber damit noch nicht zufrieden. Der von ihnen so heiß geliebte Erbkanzler soll aus Br. lau eine offizielle Ehrgung empfangen und man laßt es deshalb an den nötigen Anstrengungen nicht fehlen. Wie die „Sächs. Ztg.“ nämlich mit-

Treue Kameraden beichten mich sofort und theilten mit mir, daß beschlossen sei mich nach einer Arbeiter-Artheilung zu versetzen. Das traf. Trotzdem ich an keine kuschlichen Mahlzeiten gewöhnt war und mich nur kausalich von Brot und Wasser ernährte, auch diese wenige Nahrung verschmähte ich für die nächsten Tage. Als ich dann am Tage darauf von einem Offizier befragt wurde, ob ich bei meiner Bekleidung verharren wollte, ra dachte ich, ich komme auch jetzt aus den Augen, nun will ich auch die Fremde an der mir zu Theil gewordenen Anstellung nicht loben, und daher sagte ich zu dem Offizier: „Nein, denn ich komme fort, es hat keinen Zweck.“

Hätte ich mich aber beschwert, was dann? Nun, das liegt ja schon klar: bis einschließlich der Division — also Herr von Winterfeldt wäre ostendens noch Beschwerden einbringen geworden — war mein Herrinfall von verabschiedet gewiss. Und die höheren Instanzen, zunächst Herr Bronsart? Ich glaube, Herr Bronsart würde mit seiner Behauptung, ich sei halb verrückt, recht haben, wenn ich die unwürdige Idee faßte wollte, zu glauben, daß ein würdlicher und wahrhaftiger Generalleutnant hätte desavouirt werden können.

Ja mir denn auch wirklich Unrecht geschähe? 3 Gott bewahre! Und von jetzt an werde ich jeden Tag mindestens ein heißes Dankgebet zum Himmel senden, daß man es so gütlich gemacht hat, mir für eine im Strafenzug auch ausgebrühte „Schonungsbe-währung“ vor verdammtester Menschheit und unter dem „Gesicht“ mit 14 Tage strenger Arrest zu geben.

Neine Kameraden hatten mir denn auch vollstän-dig recht berichtet. Begleitet von dem diabolischen Grinzer meines Feldwebels, vollzog ich am 3. October die Sturmzucht, und am 6. October, Morgens 8 Uhr, erschien in meiner Arrestzelle jezt 3. d. Gause, der mich widerrechtlich zu dem verhängnisvollen Strafzer-zug befohlen hat. (Nur der Compagnieführer als ver-anwortlicher Leiter des Truppendienstes ist berechtigt, Strafmäßig zu dictiren.) Er war bis an die Zähne bewappnet, lud in meiner Gegenwart fünf schwarze Patronen in sein Gewehr, und fort ging die Reise nach Magdeburg zur Arbeitshaus, ohne daß ich hätte von diesem oder jenem treuen Kameraden Abschied nehmen können. Nur einer hatte sich am Bahnhof verabschiedet und wachte mir verabschieden ein Lebenswohl zu. Er schrieb mir später, daß ich fast gar kein blaß und leidend ausgesehen hätte.

Nun, körperlich gebrochen war ich, aber geistig nicht zu brechen, den Triumph sollte der Militarismus nicht feiern, und diesen Triumph hat er auch nicht gefeiert.

Miscellaneous.

Ein Halbescheider auf der Fahrt. Aus Ostland in Galizien nach der Rhein-Region. Ein ein-originales Mann Gottes, der am Sonntagmorgen den Weg zum Friedhof in der Gegend von Halbescheide genommen. Der Halbescheider Gottes hat seine ewige Ruhe durch Langweiligkeit gen. mäßiglich ungen. Er sprach über das Leben, und was zu sagen,

Literatur.

Socialistisches Centralblatt, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun (Carl Heymanns Verlag in Berlin, vierzehnjährlich Nr. 250). Nr. 24 ist soeben erschienen. Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dietz Verlag) ist soeben das 23. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der lachende Dritte. — Darwinismus und Marxismus. Von Carl Kautsky. — Aus den Vereinigten Staaten. (Schluß.) Von J. A. Sorge. II. Die Arbeiterschutzgesetze und die gezielten Bürger (the law-abiding citizen) von Illinois. Socialistisches u. — Die kaislichen Ereignisse von 1892. Von Dr. C. Hugo. — Zur Frage der Dignifikation des Proletariats der Intelligenz. A. Marx. (Schluß.) — Feuilleton: Der Groginquistor. Von J. W. Dostojewski.

theilt, hat am Sonntag Mittag eine Versammlung von Breslauer Bürgern, Mitgliedern aller nationalen Parteien, die unter Vorsitz des Geh. Commerzienraths Molinari im großen Saale des Hotels „König von Ungarn“ tagte, folgenden Antrag des Landesraths Kraß einstimmig angenommen:

„Die Versammlung richtet an den Magistrat der Stadt Breslau die ergebenste Bitte, die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Breslau an den Fürsten Bismarck herbeiführen zu wollen. Der Vorstand der Versammlung wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.“

Bismarck soll also Ehrenbürger von Breslau werden, einer Stadt, deren Bevölkerung zum größten Theile socialdemokratischer Gesinnung ist und die darum auch zwei socialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag geschickt hat! Wir wissen nicht, wie sich der Magistrat zu einem derartigen Ansuchen zu stellen gedenkt; die socialdemokratische Bevölkerung von Breslau wird hiergegen ganz energisch protestiren.

* Zum Kampf gegen den Umsturz. In aller Stille hat hier am 6. März eine Konferenz des evangelisch-socialen Centralausschusses der Provinz Schlesien stattgefunden. Circa 160 Personen, Leiter sozialer Arbeiter-, Gesellen-, Meister-, Lehrlings- und Jünglingsvereine, Pastoren, Lehrer, Beamte, Fabrikarbeiter und Landleute waren versammelt. Die Konferenz dauerte — 3 Stunden! Ein Prof. Flor und ein Pastor hielten Vorträge; Prof. Flor sprach über: „Die socialen Verhältnisse und die Aufgaben der Kirche“, Pastor Paschke über: „Ehe und Familie in socialdemokratischer Beleuchtung“. Wenn dieser halb professorale, halb pastorale Kampf gegen die Socialdemokratie nicht nützt, nützt gar nichts mehr.

* Neues Theaterproject in Breslau. Wie der „Breslauer Zeitung“ mitgetheilt, besteht die Absicht, ein hier seit vielen Jahren bestehendes Specialitäten-Etablissement in ein Volks Theater umzuwandeln, dessen Repertoire ausschließlich österreichische Possen und Operetten umfassen soll. Die Preise der Plätze sollen so gestellt werden, daß Jedermann der Besuch der Vorstellungen möglich ist.

* Stadt-Theater. Dienstag gelangt Goethes „Faust, I. Theil“, zur Wiederholung. Mittwoch geht die Oper „Carmen“ in Scene. Donnerstag findet die erste Aufführung von Holger Drachmanns Märchenpiel „Es war einmal —“ mit der Musik von Lange-Müller statt.

* Concordia-Theater. Heute fällt die Vorstellung aus. Mittwoch findet das Benefiz der beliebten Soubrette Fräul. Tony Stolzenfels statt, an welchem die Premiere der urkomischen Opernposse „Unsere Don Juans“ von Treptow in Scene geht. — Donnerstag wird das Volksstück „Anna-Lise“ von Heisch zum 2. Male aufgeführt.

* Warnung vor dem Betreten des Eises. Die Eisdecke der Oder wird von der Adalbertstraße und Gräupnergasse aus noch vielfach als Uebergang nach dem Condeihafen und dem Ritterplatz benutzt, obgleich der Strom am linken Ufer schon bis fast an die Lessingbrücke eisfrei ist und das Eis unterhalb der Brücke durch das warme Wasser aus der Gasanstalt schon bedeutend schwächer geworden ist, so daß es nicht mehr völlige Sicherheit bietet. Es muß daher vor dem Betreten des Eises am linken Oderufer unterhalb der Lessingbrücke dringend gewarnt werden.

* Verhaftung. Der Handelsmann Kürschner, der am 9. d. Mts., Nachmittag, auf seine Frau mehrere Schüsse abgefeuert hatte, ist am 10. d. Mts. auf der Seminargasse, wo er sich verborgen hielt, verhaftet worden. Der noch mit vier Patronen geladene Revolver, den er sich auf der Stockgasse gekauft hatte, fand sich bei ihm vor.

* Polizeiliche Nachrichten. In das Polizeigefängniß wurden am 9. und 10. d. Mts. 98 Personen eingeliefert. — Abhanden kamen: ein goldener Ohrring mit rothem Stein, ein Gebetbuch, ein Portemonnaie mit einem Zwanzigmarkstück, zwei Portemonnaies mit 5,80 und 11 Mark Inhalt, eine goldene Damenremontouruhr mit Monogramm A. A., zwei Pfandscheine über goldene Ohrringe und eine Uhr. — Befunden wurden: ein Collo Leinwand, gezeichnet N. B. u. Co. 682 Leipzig, ein Trauring, ein Damenring, ein Zahnmarkstück, ein Fünfmarsstück, eine silberne Damenuhrkette, eine Peitzsche, eine Damenuhrkette, ein Abhairtuch, ein Schirm, ein Wuff.

* Die Protestversammlung gegen die Tabaksteuer vorlage, welche, wie schon gemeldet, vergangenes Sonntag im „Kronprinzen“ stattfand und besonders von Tabakarbeitern, sowie Fabrikanten und Hand-

lern, jedoch auch von einer großen Anzahl anderer Personen besucht war, wurde vom Cigarrenfabrikanten T. H. geleitet. Der Referent, Redacteur Brühns, gab zunächst die Vorgeschichte der jetzigen Tabaksteuerprojecte, indem er die Wahlen des Jahres 1893 mit den Verprechungen der verschiedenen Parteien, bei der Vermehrung des Heeres die „wirtschaftlich schwachen Schultern“ zu schonen, einer Betrachtung unterzog und nachwies, wie man diese Verprechungen gehalten. Die Tabaksteuer vorlage sei der beste Beweis, welcher hohen Werth gewisse Parteien auf das legen, was sie selbst heilig versprochen. Mit Recht sage jetzt die Reichsregierung höhnisch dem Reichstage, der die Militär vorlage angenommen, ohne sich vorher um die Deckung der Mehrausgaben zu bekümmern, daß er auch die moralische Verpflichtung habe, für die Beschaffung der Mittel zu sorgen, die er selbst durch seine Bewilligungen der Regierungsforderungen nothwendig gemacht habe. Redner erörtert dann die voraussichtlichen Wirkungen der neuen Tabaksteuer zunächst auf die Consumenten, wie auf die gesammten Steuerzahler. Er giebt zunächst eine eingehende Schilderung der Härten und Ungerechtigkeiten des Systems der indirecten Besteuerung überhaupt, dessen Beseitigung Jedermanns Pflicht sein sollte und weist dann nach, daß auch die neue Tabaksteuer nichts weiter als wie eine noch stärkere Belastung der unbemittelten Schichten des Volkes sein würde. Keun behntel dessen, was an Tabakfabrikaten verbraucht werde, verbrauche eben das arme Volk und so müsse auch der Mehretrag von 32 Millionen, der sich durch Vertheuerung der Production in Folge der Bestimmungen des Tabaksteuergesetzes wie durch Vertheuerung des Products im Detailhandel auf vielleicht 60 Millionen Mehrlastung des Tabaks beziffern lasse, vom Volke getragen werden. Anschließend daran erörtert Redner die Wirkungen der neuen Steuer zunächst auf die Fabrikanten. Für diese und zwar eben für die kleinen und mittleren Betriebe werde die Fabriksteuer mit ihren unendlichen Control- und Strafbestimmungen, ihrer Vertheuerung der Herstellung der Waare, den schweren Steuerpflichtigkeiten einfach ruinös wirken, wie Redner eingehend darlegt. Geradezu furchtbare Wirkungen müsse aber dieses Steuerproject auf die Tabakarbeiter ausüben. Redner erörtert in fachverständiger Weise die jämmerliche wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und deren Ursachen, wie Verlegung der Fabrikation nach dem flachen Lande, Ausdehnung der billigeren Frauenarbeit, die schädlichen Wirkungen der Hausindustrie, die Concurrenz der Strafanzaltalen u. s. w. und besonders auch die fortwährende Beunruhigung der Tabakindustrie mit immer neuen Steuerprojecten und legt eld dann ausführlich dar, wie durch die zweifellos eintretende Consumverminderung in gleicher Weise eine Verminderung der Arbeiterzahl eintreten müsse und man danach auf die dauernde Existenzlosigkeit von mindestens 30 000 Arbeitern rechnen müsse. Zunächst aber werde eine vollständige Stockung des Geschäftes eintreten müssen und das bedeute die Brodlosmachung von weit über 100 000 Arbeitern, ganz ungerichtet deren Familienangehörige! Redner schildert mit packenden Worten die Ungeheuerlichkeit eines solchen Vorgehens, hunderttausende deutscher Reichsangehörigen zu Grunde zu richten, dem Armenhaus und — Zuchthaus oder dem Verhungern zu überliefern, nur um ein Steuerproject durchzubringen, dessen Erträge wiederum für den unerfälllichen Militarismus bestimmt seien. Solchen unheilvollen Plänen gegenüber sei es nothwendig, den energichsten Widerstand zu leisten, und so mehr, als wie Redner an einigen Beispielen nachweist, nicht eine einzige im Reichstage vertretene Partei, außer der socialdemokratischen, die Sicherheit bietet, daß sie energisch und unbeugsam in ihrem Widerstand gegen diese Vorlage sei. Redner kritisiert mit scharfen Worten den unerfälllichen Eigennutz der „nothleidenden“ Großgrundbesitzer u. und ihre schönen Erfolge im Schreien und Fordern und stellt dem die stetig beunruhigte und unterdrückte Tabakindustrie entgegen, die immer nur um ein wenig Ruhe gebeten habe und jetzt doch dem Militärmoloch vollständig zum Opfer gebracht werden solle. Demgegenüber solle sich jetzt nicht nur die Tabakindustrie aufraffen und eine Beseitigung der verberberlichen Vorlage, zugleich aber auch eine Beseitigung des ganzen schreiend ungerechten Systems der indirecten Steuern fordern, sondern das ganze Volk! „Nieder mit der Tabaksteuer und allen indirecten Steuern“ müsse stets unsere Losung sein! Langanhaltender Beifall folgte diesen etwa zweistündigen Ausführungen des Referenten. Zur Discussion meldete sich Niemand und nunmehr wurde einstimmig folgende Resolution angenommen, die vom Bureau der Versammlung der Tabaksteuercommission des Reichstags übermittelt werden soll: „Die am 10. März 1895 im „Kronprinzen“ tagende große Protestversammlung der Breslauer Einwohner erklärt sich entschieden gegen die von der Reichsregierung geplante neue Tabakbesteuerung wie überhaupt gegen jede irgendwie geartete Mehrlastung des Tabaks. Die projectirte Tabaksteuer belastet in ihrer Gesamtwirkung lediglich die ohnehin mit Steuerlasten überbürdete, arbeitende, unbemittelte Bevölkerung und überantwortet weiter ohne Zweifel eine nach vielen Tausenden zählende Schaar von Tabakarbeitern der dauernden Existenzlosigkeit und damit dem furchtbarsten Elend. Auch der Kleinbetrieb in der Tabakindustrie wird durch die Wirkungen des neuen Steuergesetzes dem völligen Ruin preisgegeben, so daß der Entwurf nach jeder Richtung hin durchaus verwerflich erscheint. Im Weiteren erklärt sich die Versammlung nicht nur gegen die geplante Tabaksteuer, sondern gegen das System der indirecten Besteuerung überhaupt, da dasselbe die ärmeren und ärmsten Klassen des Volkes in höchst ungerechter und drückender Weise mit schweren Steuerlasten belegt.“

geföh! gedrängt habe, die Majestätsbeleidigung anzugehen, die Verhandlung aber ergab, daß die Anzeigle erst erheblich später, als die Vernehmung gefallen sein sollte, und zwar infolge eines Zwistes zwischen Beiden erfolgt war. Da die hohe Wahrscheinlichkeit vorlag, daß nur Groll und Rachsucht die Triebfedern der Denunciation gewesen sind, erklärte der Gerichtshof, das Zeugniß des Denuncianten sei durchaus ungeeignet, zu einer Verurtheilung wegen Majestätsbeleidigung verwertbar zu werden. Die Staatsanwaltschaft hatte selbst die Freisprechung beantragt.

* Deutchen O. D., 9. März. Grubenunfall. Im Wasserhaltungs-Maschinengebäude in der Hohenzollern-Grube leitete, nach der „D. Gr.-Z.“, gestern Vormittag Maschinenmeister Angreß das Anpassen eines Sagrohres. Der hierzu nothwendige Flaschenzug war an einem starken Balken des Gebäudes befestigt. Beim seitlichen Anziehen des Rohres gab plötzlich die Befestigung des Flaschenzuges nach, so daß derselbe herabfiel. Herr Angreß wurde von der Kette desselben erheblich am Kopfe verletzt und stürzte zu Boden. Aus mehreren Verletzungen blutend, wurde Herr A. nach seiner Wohnung transportirt.

* Gröbnitz, 9. März. Erfroren. Als vorgestern früh der Chaussee-Planeur Mothel die Strecke befuhr, brachte von Werkzeihen abging, traf er nach der „D. B. Ztg.“ unweit des Graudener Waldes einen Mann, der einen Handschlitzen bei sich hatte, erfroren an. Bei näherer Befichtigung erkannte er in dem Erfrorenen den Lumpensammler Schefira aus Grauden. S., wahrscheinlich ermüdet, hatte sich hingelegt, um auszuruhen, wobei er den Tod gefunden hat.

* Berlin, 11. März. Der Regierungspräsident von Breslau, Dr. v. Heydebrand und der Laja, ist nach der „Post“ zum Oberpräsidenten von Ostpreußen ernannt worden. Die bezügliche Cabinetsordre ist nach einer weiteren Angabe der „Post“ am Montag Mittag unterzeichnet worden. — Graf Stolberg, der bisherige Oberpräsident von Ostpreußen, soll nach einer von der „Deutschen Tageszeitung“ wiedergegebenen parlamentarischen Verlautbarung die Absicht haben, sein Reichstagsmandat niederzulegen. — O., du lieber Augustin, Alles ist weg.

* Zum Geburtstag des Fürsten Bismarck soll nach den „Leips. Neueit. Nachr.“ der Kaiser beabsichtigen, mit den kaiserlichen Prinzen, den Ministern und den Mitgliedern des Bundesraths zur persönlichen Abstattung der Glückwünsche nach Friedrichsruh zu reisen. Außerdem soll der Kaiser die Absicht haben, dem Fürsten Bismarck die erbliche Fürstenwürde dergestalt zu verleihen, daß diese noch bei Lebzeiten des Fürsten auf dessen Söhne übergeht, und ihm außerdem den Titel „Hoheit“ zu geben. — Der Reichsfinanzminister wäre dem Allen gewiß viel lieber. Aber das giebt's nicht mehr!

* 2000 Arbeiter protestirten gestern nach einem Vortrag des Genossen Reichstagsabgeordneten Wurm gegen die Einführung des Zolles auf Quebrachholz. Die Parteileitung (?) bestimmte, daß diese Woche in den übrigen Großstädten gleiche Protestversammlungen stattfinden sollen.

* Dresden, 11. März. Zur Reichstagswahl in Dresden-Land ist ein conservativer Rittergutsbesitzer Andrae zu Limbach bei Wildruff aufgestellt worden. Der Wahlkreis ist bisher bekanntlich durch einen Antisemiten vertreten gewesen. Als antisemitischer Candidat ist Baumeister Hartwig in Aussicht genommen, der früher schon als Vertreter von Dresden-Alstadt dem Reichstage angehörte. Die Erstwahl ist auf den 25. April festgesetzt worden.

* Leipzig, 11. März. Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Sieber-Stroga hat, wie das „Großenhain. Tagebl.“ meldet, sein Mandat niedergelegt. Aus welchen Gründen die Mandatsniederlegung erfolgt, wird nicht mitgetheilt. In Folge derselben hat eine Ersatzwahl im Reichstagswahlkreis Weissen-Großenhain stattzufinden. Bei der Wahl von 1893 waren in der Hauptwahl 6268 conservativ, 8410 socialdemokratische und 7692 antisemitische Stimmen abgegeben worden. Die Antisemiten siegten dann in der Stichwahl durch die Unterstützung der Conservativen mit 13,344 Stimmen, während der socialdemokratische Candidat 8889 Stimmen erhielt.

* Wien, 11. März. An der gestrigen Märzfeier theiligten sich ca. 50,000 Arbeiter. Sie zogen zum Grab der Märzgefallenen und veranfalteten auf dem Rückwege eine großartige stundenlange Kundgebung für das allgemeine Wahlrecht und gegen die Coalition.

* Tschern, 10. März. Das Schwurgericht verurtheilte den Bauernagitator Peter Stojalowski wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ehre, d. h. gegen die Heiligkeit des Capitalismus, zu vier Jahren Gefängniß.

* Petersburg, 11. März. Die Ernennung des Fürsten Lobanow zum Leiter des Ministeriums des Auswärtigen wird amtlich bekannt gegeben.

* Rom, 10. März. Der „Tribuna“ zufolge werden die Neuwahlen wahrscheinlich schon am 28. April stattfinden.

* Madrid, 11. März. Die von Rubi Gora befehligten Aufständischen wurden nach mehreren Gefechten bei Baire aus ihren Stellungen vertrieben. Dieselben erlitten beträchtliche Verluste. — Die ewigen „Siege“ der Regierungstruppen werden allgemach komisch.

* London, 11. März. In Folge eines Streiks hat die Genossenschaft der Tuchfabrikanten den Arbeitern mitgetheilt, daß am 16. März die Fabriken in der ganzen Gegend von Northampton geschlossen werden. Dadurch werden 200,000 Arbeiter brodlos. Auf den Rath der Arbeitersyndikate hatten bereits am Sonnabend 1200 Arbeiter die Arbeit eingestellt.

* Newyork, 11. März. Der „World“ meldet aus Tokio: China, welches von den allgerneinen Friedensbedingungen benachtheiligt worden ist, unter denen Japan in einen Friedensschluß einwilligen würde, erklärte sich bereit, den vorgeschlagenen Vertrag zu unterzeichnen. Die Correspondenz wird durch die Unionsgesandten in Tokio und Peking geführt.

Schlesien.

* Görlitz, 8. März. Die Denuncianten treiben auch hier ihr Unwesen. In einem Majestätsbeleidigungsproceffe, über welchen die Strafkammer am 6. d. Mts. verhandelte, ist gegen den Comptoiristen Arthur David von hier auf Freisprechung erkannt worden, weil der Gerichtshof Bedenken trug, dem Denuncianten und einzigen Belastungszeugen hollen Glauben zu schenken. Der Denunciant, der „Bresl. Ztg.“ zufolge ein früherer Logisth des Angeklagten, hatte angegeben, daß ihn kein patriotisches

Neueste Nachrichten.

Breslau, Dr. v. Heydebrand und der Laja, ist nach der „Post“ zum Oberpräsidenten von Ostpreußen ernannt worden. Die bezügliche Cabinetsordre ist nach einer weiteren Angabe der „Post“ am Montag Mittag unterzeichnet worden. — Graf Stolberg, der bisherige Oberpräsident von Ostpreußen, soll nach einer von der „Deutschen Tageszeitung“ wiedergegebenen parlamentarischen Verlautbarung die Absicht haben, sein Reichstagsmandat niederzulegen. — O., du lieber Augustin, Alles ist weg.

Zum Geburtstag des Fürsten Bismarck soll nach den „Leips. Neueit. Nachr.“ der Kaiser beabsichtigen, mit den kaiserlichen Prinzen, den Ministern und den Mitgliedern des Bundesraths zur persönlichen Abstattung der Glückwünsche nach Friedrichsruh zu reisen. Außerdem soll der Kaiser die Absicht haben, dem Fürsten Bismarck die erbliche Fürstenwürde dergestalt zu verleihen, daß diese noch bei Lebzeiten des Fürsten auf dessen Söhne übergeht, und ihm außerdem den Titel „Hoheit“ zu geben. — Der Reichsfinanzminister wäre dem Allen gewiß viel lieber. Aber das giebt's nicht mehr!

2000 Arbeiter protestirten gestern nach einem Vortrag des Genossen Reichstagsabgeordneten Wurm gegen die Einführung des Zolles auf Quebrachholz. Die Parteileitung (?) bestimmte, daß diese Woche in den übrigen Großstädten gleiche Protestversammlungen stattfinden sollen.

Dresden, 11. März. Zur Reichstagswahl in Dresden-Land ist ein conservativer Rittergutsbesitzer Andrae zu Limbach bei Wildruff aufgestellt worden. Der Wahlkreis ist bisher bekanntlich durch einen Antisemiten vertreten gewesen. Als antisemitischer Candidat ist Baumeister Hartwig in Aussicht genommen, der früher schon als Vertreter von Dresden-Alstadt dem Reichstage angehörte. Die Erstwahl ist auf den 25. April festgesetzt worden.

Leipzig, 11. März. Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Sieber-Stroga hat, wie das „Großenhain. Tagebl.“ meldet, sein Mandat niedergelegt. Aus welchen Gründen die Mandatsniederlegung erfolgt, wird nicht mitgetheilt. In Folge derselben hat eine Ersatzwahl im Reichstagswahlkreis Weissen-Großenhain stattzufinden. Bei der Wahl von 1893 waren in der Hauptwahl 6268 conservativ, 8410 socialdemokratische und 7692 antisemitische Stimmen abgegeben worden. Die Antisemiten siegten dann in der Stichwahl durch die Unterstützung der Conservativen mit 13,344 Stimmen, während der socialdemokratische Candidat 8889 Stimmen erhielt.

Wien, 11. März. An der gestrigen Märzfeier theiligten sich ca. 50,000 Arbeiter. Sie zogen zum Grab der Märzgefallenen und veranfalteten auf dem Rückwege eine großartige stundenlange Kundgebung für das allgemeine Wahlrecht und gegen die Coalition.

Tschern, 10. März. Das Schwurgericht verurtheilte den Bauernagitator Peter Stojalowski wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ehre, d. h. gegen die Heiligkeit des Capitalismus, zu vier Jahren Gefängniß.

Petersburg, 11. März. Die Ernennung des Fürsten Lobanow zum Leiter des Ministeriums des Auswärtigen wird amtlich bekannt gegeben.

Rom, 10. März. Der „Tribuna“ zufolge werden die Neuwahlen wahrscheinlich schon am 28. April stattfinden.

Madrid, 11. März. Die von Rubi Gora befehligten Aufständischen wurden nach mehreren Gefechten bei Baire aus ihren Stellungen vertrieben. Dieselben erlitten beträchtliche Verluste. — Die ewigen „Siege“ der Regierungstruppen werden allgemach komisch.

London, 11. März. In Folge eines Streiks hat die Genossenschaft der Tuchfabrikanten den Arbeitern mitgetheilt, daß am 16. März die Fabriken in der ganzen Gegend von Northampton geschlossen werden. Dadurch werden 200,000 Arbeiter brodlos. Auf den Rath der Arbeitersyndikate hatten bereits am Sonnabend 1200 Arbeiter die Arbeit eingestellt.

Newyork, 11. März. Der „World“ meldet aus Tokio: China, welches von den allgerneinen Friedensbedingungen benachtheiligt worden ist, unter denen Japan in einen Friedensschluß einwilligen würde, erklärte sich bereit, den vorgeschlagenen Vertrag zu unterzeichnen. Die Correspondenz wird durch die Unionsgesandten in Tokio und Peking geführt.

Stadt-Theater.

Dienstag
„Zank“.

Lobe-Theater.

Dienstag:
Wohlthätigkeits-Vorstellung.
„Königin Louise“.
Mittwoch:
Dieselbe Vorstellung.

Victoria-Theater

(Simmener-Garten.)

Täglich:

Specialitäten-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Eppmann's Panoptikum

Ohlauerstraße 64, I. Etage.

Nur kurze Zeit zu sehen.

Neu angekommen.

Lebend! Lebend zu sehen. Lebend!

„La belle Irène“

„Die weltberühmte tatarische

Amerikanerin“.

3614
tägl. v. 12 Uhr Mittags bis 9 Uhr Ab. zu sehen.
Eine Million Karteische waren er-
forderlich zur Ausföhrung dieser kunst-
vollen Zätorierung, welche 400 Bilder
in den prächtvollsten Farben aufweist.

Etablissement „Concordia“, Margarethenstrasse 17.

Sonnabend, den 16. März 1895:

Stiftungs-Fest

des socialdemokrat. Vereins für Breslau u. Umgegend

bestehend in Vocal- und Instrumental-Concert, Teater und Tanz.

PROGRAMM.

- I. Theil.
Instrumental-Concert
unter Leitung des Herrn A. Kuban.
1. Stiftungsmarsch Heilmann.
 2. Fest-Ouverture Fische.
 3. Ein Traum, Characterstück Finke.
 4. Fröhlingserwachen Bach.
 5. Trompeten-Solo a. d. Volksstück „Tief unter der Erd“ Suppé.
 6. Lieder-Potpouri Munkelt.
- II. Theil.
Liedervorträge der Gesangs-Abtheilung.
Dirigent: Herr Krause.
7. Einleitung und Chor a. d. Op. Lohengrin Wagner.
 8. Prolog und lebendes Bild.
 9. Begrüßungs-Chor Kratzer.

10. Paraphrase über das Lied „Wie schön bist du“ Nesmüller.
11. Vorwärts, Chorlied Jael.
12. Mahnruf Greiner.

III. Theil. (Theater)
Gringoire.

Schauspiel in 1 Act von Bouville.
Personen:
Ludwig XI. König von Frankreich.
Oliver le Daim, sein Barbier und Vertreter.
Simon Fournieg, Kaufmann in Tours.
Loyse, seine Tochter.
Pierre Gringoire.
Leibwache und Pagen des Königs.
Ort der Handlung: Tours. Zeit: 1649.

Tanz.

Hierauf:
Anfang des Concerts 1/8 Uhr. — Programme durch Mitglieder bezogen à 30 Pfg.
Tanzabzeichen à 50 Pfg. an der Kasse und bei den Controlleuren.
Programme à 30 Pfg sind zu haben bei: A. Skowronnek, Vincenzstrasse 8. III. B. Rednar, Blücher-
strasse 24. J. P. Liebezelt, Schulgasse 19. III. C. Burgard, Heinrichstrasse 14. III. P. Kresse, Bismarck-
strasse 34. IV. G. Mählich, Berggäß 15. G. Pätzold, Brüderstrasse 2g. J. Giessmann, Gräbschenerstrasse 45.
Im Vereinslocal zu den „3 Tauben“. In Menzel's Restaurant, Anderssohnstrasse 4 und in der Expedition der
„Volkswehr“.

Circus Renz.

Breslau, Louiseplatz.
Heute Dienstag, den 12. März cr.
Abends 7 1/2 Uhr:

Außerordentliche Vorstellung.
Besonders zu bemerken: Eine
Schulquadrielle mit 8 der best-
drehrten Schulpferde, geritten von
8 Herren in ganz neuen Costümen,
angeföhrt vom Director Fr.
Renz. Gröses Aufrichten des
Fräul. Wally Renz (Tochter
des Directors) als Schulkreierin mit
dem Schulpferd Cromwell und dem
Steiger Alex. Blondel, ebenfalls
Doppelt (Original-Dressur). Die auf
Montre-Tabelle von 60 der
edelsten Freizeitspferde, des Fern und
vorgeföhrt vom Director Fr.
Renz. Das irändische Spring-
pferd Blitz, geritten von Frau Renz-
Stark. Die weltberühmte Bonhair-
Truppe. Auftritte der hervor-
ragendsten Reitlehrerinnen und
Reitkünstler. Komische Gattung von
sämmlichen Clowns und des vor-
züglichen „August“ Hr. Laval Lee.
Zum Schluss: Guldigungsgruß
an Breslau, großes Parade-Schau-
stück, für Breslau neu und un-
vergleichbar in seiner Art. Director Fr. Renz.

Der Bilet-Verkauf für
nummerirte Plätze findet in dem
Cigarren-Geschäft des Herrn G. I.
Schleh, Schweidnitzerstraße Nr. 28
(Gde Zwingerplatz) an Wochentagen
von Donnerstags 10 Uhr bis Nach-
mittags 5 Uhr statt. — Ohne
einen mit meiner Unterschrift
versehenen Bekkeltzettel darf
nichts verabreicht werden.
Morgen Mittwoch, d. 13. März cr.,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Guldigungsgruß an Breslau.
Fr. Renz,
3620 kgl. Commissionär.



Leopold Bermann

Damenmäntel-Fabrik

Reusche-Strasse 55,
Parterre und I. Etage.

Sämmtliche Neuheiten
Mäntel, Jaquets, Capes, Kragen,
Kinder-Garderobe

in großartigster Auswahl am Lager.
Bekannt billigste Bezugsquelle! 5592

Ortskrankenkasse für Klempner

zu Breslau.
Sonntag, den 24. März 1895, Vormittags 11 Uhr, im Hei-
mann Saale des Café-Restaurant „Central“.

Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Annahme der Jahresrechnung von 1894. 2. Bericht über die
Unterstützung an Familienangehörige. 3. Änderungen der §§ 41 und 51
4. Fortdauerung des Vorstandes vom Jahre 1894 bis zur nächsten Ver-
sammlung. 5. Bericht über die
Im nützliches und dankbares Gedenken ergeht:
Der Vorstand.

Ortskrankenkasse der Glacéhandschuhmacher

zu Breslau.
Montag, den 25. März 1895, Abends 6 Uhr bei Herrn
Friedrich, Marktmeister.

Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Annahme der Jahresrechnung von 1894. 2. Bericht über die
möglichen (Arbeitsgeber). 3. Sachliche Mitteilung über den Antrag
betreffend die Annahme und Fortwäh-
4. Bericht über die
Im nützliches und dankbares Gedenken ergeht:
Der Vorstand.

Breslau.
Damen-Bein der Köpfer
Humanität. Jeder Mittwoch
von 4-12 Uhr. Abende-
stunden im Central-Saal, Schul-
gasse 2. Anzeichen neuer Mitglieder
Socialverband Breslauer
Papierere-Gesellen jeden
Mittwoch von 8-10 Uhr in
öffentl. Saal, Markt 8.
Anzeichen neuer Mitglieder. — Da
Kritikstunden jeden Abend von
8-9 Uhr. Gese- und Freitag.

Wer gut und billig
kaufen will, besuche
die Auktionen von
Gerstel, fr. Mehlhose,
70 Matthiasstraße 70.

Todes-Anzeige.

Am 11. d. Mts. starb nach langen schweren
Leiden unsere gute Schwester und Schwägerin

Caroline Partascheck

geb. Gerstenberg
im Alter von 35 Jahren.
Beerdigung: Donnerstag, den 14. März, Nachmittags 4 Uhr.
Trauerhaus: Bahahof-Strasse 34. 3621

Wilhelm und Carl Gerstenberg.



Confirmanden

Schuh u. Stiefel
für Knaben und Mädchen
in größter Auswahl
zu billigsten Preisen.

Ludwig Herz

Blücherplatz 4.

Fabrik von Arbeiterfachen

Spezialität: Arbeitshofen.
E. Liedecke, Stadgasse Nr. 3
En gros. 2476 En detail.

Feste Oberschleifige
Steinkohle,
sowie Briquets
liefert zu zeitgemäß billigen Pre-
nach Maß und Gewicht
on gros und en détail.
Holz- und Kohlenhandlung
Carl Kirstein, Laurentiastr.

Nur noch kurze Zei-
dauert der Ausverkauf
Bohrerstr. 3
zu und unter dem Selbstkosten-
preise.
Baumwolle, Doppellage 6 Pfg.
Wolle 15 Pfg. Handtücher 15
Tischtücher 70, weiß 80 Pfg.
Gerwickten 25 Pfg. Bettlaken 75
Züchen 20 Pfg.
beste leinene Züchen 30 Pfg.
Bettdeckendamast, richtige B.
60 Pfg., Julets 25 Pfg., Strohk-
80 Pfg., Züchencattune, beste 1
25 Pfg., Gardinen, weiß und 1
20 Pfg., gefr. Wallts, zu Dan-
mäße, 25 Pfg., Schirting 15
Wäschedamaß 35 Pfg., Towlins
Büschel 20 Pfg., Leinen 25

Herrengarderob
weit unterm Selbstkostenpre-
Knaben-Anzüge, Mädchenkleid-
spottbillig, Arbeiterhosen:
1 Mark an, halbechte Hamburg-
3 und 3 1/2 Mark,
Kleiderstoffe, Wäsche
zu jedem
nur annehmbaren Preise.
Nur
Bohrerstraße 3
Günstige Gelegenheit
für Händler und Hausfrauen
Läden zu vermieten.
Geschäftseinricht. zu verkaufen

Gummi
Ht. Gummi-Artikel, 1, 2, 3 M. r.
Max Sander
Breslau, Reuschstr. 58/59.